Hauptschluß

der ausserordentlichen Reichsdeputation

vom 25sten Februar 1803

die Entschädigungen betreffend,

mit

der französischen Original-Ausfertigung

der 47 ersten §§.

Nebst

dem Reichsgutachten darüber

vom 24sten März,

und

dem kaiserl. Kommissions-Ratifikationsdekret

vom 27sten April desselben Jahres.

*

Frankfurt am Main,

bei Phil. Wilh. Eichenberg.

1 8 0 3.

34

Hauptschluß

der ausserordentlichen Reichsdeputation.

Demnach zu Beendigung des zwischen Kaiserlicher Majestät und dem teutschen Reiche eines — dann der französischen Republik andern Theils — ausgebrochenen Kriegs, zufolge 20sten Artikels des am 17ten Okt. 1797 geschlossenen Friedens zu Campo-Formio, noch in demselbigen Jahre ein Friedenskongreß zwischen Allerhöchstgedachter Sr. kaiserl. Maj. und einer dazu ernannten ausserordentlichen Reichsdeputation einer — dann den Bevollmächtigten der franz. Republik anderer Seits — zu Rastadt eröffnet worden, auch daselbst die Unterhandlungen bereits so weit gediehen, daß im Namen des teutschen Reichs in die Ueberlassung der Lande der linken Rheinseite nicht nur gewilligt, sondern auch wegen des dadurch auf solcher Rheinseite entstehenden Verlustes die Grundlage der Entschädigung durch Säkularisationen angenommen, diese Friedensunterhandlungen aber durch den Wiederausbruch der Feindseligkeiten unterbrochen worden: so ist zwar nachher am 9ten Febr. 1801 von Sr. kais. Maj. mit dem ersten Konsul der franz. Republik, auch Namens des teutschen Reichs, unter Beziehung auf die bei dem vorhergegangenen Rastadter Kongresse von der Reichsdeputation schon verwilligte Basis, Friede zu Luneville geschlossen, dieser Friedensschluß auch von Kurfürsten, Fürsten und Ständen unter reichsoberhauptlicher Mitwirkung am 7ten März 1801 wirklich genehmigt, jedoch sind in diesem Friedensschlusse selbst einige Gegenstände auf weitere Erörterung ausgesetzt worden, indem nicht nur die im 5ten Artikel dem Herrn Großherzoge von Toskana zugesagte Entschädigung in Teutschland keine nähere Bestimmung daselbst erhalten, sondern auch vermöge des 7ten Art. die Entschädigungen der erblichen Reichsstände in Gemäßheit der schon erwähnten zu Rastadt aufgestellten Grundsätze noch bestimmt werden sollten.

Nachdem nun ferner von Sr. kais. Maj. zu Vollziehung dieser Artikel, sogleich nach geschehener Mittheilung des Friedens von Luneville an die allgemeine Reichsversammlung durch ein eignes kaiserl. Kommissionsdekret vom

3ten März ein weiteres Reichsgutachten über die reichsständische Mitwirkungsart zur gänzlichen Berichtigung des Reichsfriedensgeschäftes verlangt, dieses Reichsgutachten auch den 2ten Okt. 1801 dahin, daß hiezu eine abermalige ausserordentliche Reichsdeputation, bestehend aus 8 Mitgliedern, und zwar

aus dem Kurfürstenrathe:

Kurmainz, Kursachsen,
Kurböhmen, Kurbrandenburg;

aus dem Fürstenrathe:

Baiern, Wirtemberg,
Hoch- und Teutschmeister, und Hessen-Kassel,

zu ernennen sey, wirklich erstattet, und von kais. Maj. unterm 7ten Nov. 1801 allergnädigst genehmigt worden: so haben sodann endlich Se. kaiserl. Maj. durch ein weiteres allergnädigstes Kommissionsdekret vom 2ten August d. J. der allgemeinen Reichsversammlung bekannt gemacht, daß der Zeitpunkt, wo die ausserordentliche Reichsdeputation sich zu vereinigen habe, erschienen sey, daß daher sämmtliche deputirte Stände ihre Subdelegirten nach Regensburg, als den mit Beistimmung der franz. Regierung festgesetzten Ort, absenden, auch daß die zu gänzlicher Berichtigung dieses Friedensgeschäftes für die Deputation erforderliche Vollmacht ausgefertigt werden solle, indem Allerhöchstsie in Ihrer reichsoberhauptlichen Eigenschaft als Ihren kaiserl. Bevollmächtigten bei diesem Kongresse den wirklichen kaiserl. geheimen Rath und kaiserl. Konkommissarius an der allgemeinen Reichsversammlung, Reichsfreiherrn von Hügel, zu bestimmen allergnädigst geruhet hätten.

Wie nun hierauf die Reichsvollmacht, um die in dem Luneviller Friedensschlusse Art. 5 et 7 einer besondern Uebereinkunft noch vorbehaltenen Gegenstände einvernehmlich mit der franz. Regierung näher zu untersuchen, zu prüfen und zu erledigen, am 3ten August d. J. für diese ausserordentliche Reichsdeputation wirklich ausgefertigt worden: so haben die deputirten Reichsstände Ihre Subdelegirten, nämlich

Kurmainz

Den kaiserl. geheimen Rath, Kommandeur des St. Stephans-Ordens, und kurfürstlich mainzischen Staatsminister, Hrn. Franz Joseph Freiherrn von Albini;

Kursachsen

Den kursächsischen geheimen Rath, Herrn Hans Ernst von Globig;

Kurböhmen

Den kaiserl. Reichshofrath, Herrn Franz Alban von Schraut; und späterhin noch

Den kaiserl. Kämmerer und königl. kurböhmischen Reichstagsgesandten, Herrn Ferdinand Grafen zu Colloredo-Mannsfeld;

Kurbrandenburg

Den königl. preuss. wirklichen geheimen Etats- und Kriegsminister, auch Reichstagsgesandten, des schwarzen und rothen Adlerordens Ritter, Herrn Johann Eustachius Grafen von Schlitz, genannt Görz, und

Den königl preuss. Direktorialgesandten im fränkischen Kreise, auch Kammer-Vicepräsidenten zu Ansbach, Herrn Konrad Sigmund Karl Hänlein;

Baiern

Den kurfürstl. Kämmerer, wirklichen geheimen Rath und Komitialgesandten, Herrn Alois Franz Xaver Freiherrn von Rechberg und Rothenlöwen;

Wirtemberg

Den herzoglichen wirklichen geheimen Rath, Vicepräsidenten, Kammerherrn, und Ritter des herzogl. großen Ordens, Herrn Philipp Christian Freiherrn von Normann;

Hoch- und Teutschmeister

Den Herrn Karl Philipp Ernst Freiherrn von Nordegg zur Rabenau, des hohen teutschen Ordens Ritter, Rathsgebietiger der Ballei Franken, Kommentur zu Donauwörth, hochfürstl. Hoch- und Teutschmeisterischen adelichen wirklichen Hof- Regierungs- und Kammerrath, und Oberamtmann des Scheuerberger Gebietes zu Hornegg;

Hessen-Kassel

Den fürstl. geheimen Rath und Komitialgesandten, Herrn Philipp Maximilian von Günderode; und späterhin noch

Den hessen-kasselschen Kriegsrath, Herrn Georg Wilhelm von Starkloff;

hierher nach Regensburg abgeordnet, so daß diese Deputationsversammlung nach allerseitiger herkömmlichermaßen vollzogener Legitimation am 24sten August wirklich konstituirt und mittelst Proposition des ernannten höchstansehnlichen kais. Herrn Plenipotentiarius eröffnet worden.

Da nun auch zu gleicher Zeit der erste Konsul der franz. Republik einen Ministre extraordinaire in der Person des Citoyen Laforest hieher abgeordnet; ferner Se. kais. russische Majestät Ihre hohe Vermittelung, gemeinsam mit dem

franz. Gouvernement, zu Berichtigung der gedachten Entschädigungssache und zu Befestigung der Ruhe Teutschlands, eintreten zu lassen, sich entschlossen, und zu dem Ende bereits unterm 18ten August ersagter franz. Ministre Citoyen Laforest gemeinsam mit dem bei der allgemeinen Reichsversammlung akkreditirten kais. russischen Herrn Ministre Resident Klüpffel zwei gleichlautende Deklarationen dieser Reichsdeputation mitgetheilt, worin diese hohen vermittlenden Mächte, zum Behufe der anzustellenden Berathschlagungen, einen allgemeinen Entschädigungsplan vorgelegt; auch kurz nachher Se. kaiserl. russische Maj. einen eigenen Plenipotentiaire in der Person des kaiserl. russisch. geheimen Raths und mehrerer Orden Ritters, Herrn Karl Freiherrn von Bühler, bisherigen ausserordentlichen Gesandten am kurpfalzbaierischen Hofe, zu diesem Geschäfte hieher abzuordnen geruhet; sodann die Reichsdeputation die ihr zugestellten Deklarationen in allen ihren Theilen gründlich erwogen, hierüber den gedachten Herren Ministern der vermittlenden Mächte unter jedesmaliger Mittheilung der bei ihr eingereichten mannigfaltigen Reklamationen und Vorstellungen ihre Beschlüsse eröffnet; hierauf aber diese unterm 8ten Okt. der Deputation einen abgeänderten Plan, als Resultat ihrer neuesten Instruktionen mitgetheilt, die Deputation sodann auch diesen zweiten Plan in weitere Berathung gezogen, und hierüber den erwähnten Herren Ministern ihre fernern Beschlüsse ebenfalls kommunizirt, darauf endlich diese weitere Noten vom 19ten Okt., 15ten und 19ten Nov., 3ten Dec. v. J. 18ten und 31sten Jänn. dann den 11ten dieses übergeben haben: so ist nunmehr hiernach und aus allen vordern einzelnen Deputationsbeschlüssen folgender

Deputations-Hauptschluß

abgefaßt worden:

Die Austheilung und endliche Bestimmung der Entschädigungen geschieht, wie folgt:

§. 1.

Sr. Majestät dem Kaiser, Könige von Ungarn und Böhmen, Erzherzoge von Oestreich, für die Abtretung der Landvogtei Ortenau: die Bisthümer Trient und Brixen, mit ihren sämmtlichen Gütern, Einkünften, eigenthümlichen Besitzungen, Rechten und Vorrechten, ohne irgend einige Ausnahme, und die in diesen beiden Bisthümern gelegenen Kapitel, Abteien und Klöster; unter der Verbindlichkeit jedoch, sowohl für den lebenslänglichen Unterhalt der beiden

jetzt lebenden Fürstbischöfe und der Mitglieder der beiden Domkapitel, nach einer mit solchen zu treffenden Uebereinkunft, als auch für die hierauf erfolgende Dotation der bei diesen beiden Diöcesen anzustellenden Geistlichkeit, nach dem in den übrigen Provinzen der östreichischen Monarchie bestehenden Fuße zu sorgen. Alle Eigenthums- und übrigen Rechte, die Sr. Majestät dem Kaiser und König als Souverain der Erbstaaten und als höchstem Reichsoberhaupte zustehen, bleiben Ihnen vorbehalten, insoferne diese Rechte mit der Vollziehung gegenwärtiger Urkunde bestehen können; jene Rechte hingegen, worüber besonders verfügt worden ist, gehen an die neuen Besitzer über.

Dem Erzherzoge Großherzoge, für Toskana und dessen Zugehörungen: das Erzbisthum Salzburg, die Probstei Bergtolsgaden, der jenseits der Ilz und des Inns auf der Seite von Oestreich gelegene Theil des Bisthums Passau, jedoch mit Ausnahme der Innstadt und Ilzstadt, sammt einem Bezirke von 500 franzöſ. Toisen im Durchschnitte, vom äussersten Ende jener Vorstädte an gemessen; und endlich die in den oberwähnten Diöcesen gelegenen Kapitel, Abteien und Klöster. Diese Besitzungen erhält der Erzherzog unter den, auf die bestehenden Verträge gegründeten Bedingungen, Verbindlichkeiten und Verhältnissen.

Sie werden vom baierischen Kreise getrennt, und dem östreichischen einverleibt; auch ihre geistlichen, sowohl Metropolitan- als Diöcesangerichtsbarkeiten werden gleichfalls durch die Gränzen der beiden Kreise abgesondert; und die oben von des Erzherzogs Entschädigungen ausgenommenen Theile mit den baierischen Diöcesen verbunden. Mühldorf, und der auf dem linken Innufer gelegene Theil der Grafschaft Neuburg werden mit aller Landeshoheit mit dem Herzogthume Baiern vereinigt. Das Aequivalent der Einkünfte von Mühldorf und der Landeshoheit über Neuburg ist von den Einkünften, welche Freisingen im östreichischen Gebiete besitzt, zu nehmen.

Der Erzherzog Großherzog erhält überdies für sich und seine Erben in völlig souveränen und unabhängigen Besitz das Bisthum Eichstädt, sammt allen demselben anhängigen Gütern, Einkünften, Rechten und Vorrechten, so wie der Fürstbischof solche zur Zeit der Unterzeichnung des Luneviller Friedensschlusses besaß; jedoch mit Ausnahme der Aemter Sandsee, Wernfels - Spatt, Abenberg, Ahrberg - Ohrnbau, und Vahrnberg - Herrieden, und aller übrigen von den anspachischen und baireuthischen Landen eingeschlossenen Zugehörden des

Bisthums Eichstädt, welche dem Kurfürsten von Pfalzbaiern verbleiben, und dem Erzherzoge Großherzoge durch ein vollständiges Aequivalent von den Herrschaften des Kurfürsten in Böhmen, und falls diese nicht hinreichen, von irgend andern Einkünften des Kurfürsten von Pfalzbaiern ersetzt werden. In dem Gebiete des erwähnten Bisthums Eichstädt findet keine neue Errichtung irgend einiger Festungswerke von Seiten des Erzherzogs Großherzogs oder seiner Erben statt.

Das Breisgau und die Ortenau werden die Entschädigung des vormaligen Herzogs von Modena für das Modenesische, dessen Zugehörden und Zuständigkeiten ausmachen. Dieser Fürst und seine Erben werden beide Lande nach dem buchstäblichen Inhalte des 4ten Artikels des Luneviller Friedensschlusses besitzen; welcher in dieser Rücksicht ohne einigen Vorbehalt oder Einschränkung von der Ortenau, wie von dem Breisgau zu verstehen ist.

§. 2.

Dem Kurfürsten von Pfalzbaiern für die Rheinpfalz, die Herzogthümer Zweibrücken, Simmern und Jülich, die Fürstenthümer Lautern und Veldenz, das Marquisat Bergopzoom, die Herrschaft Ravenstein, und die übrigen in Belgien und im Elsaß gelegenen Herrschaften: das Bisthum Wirzburg unter den hernach vorkommenden Ausnahmen; die Bisthümer Bamberg, Freisingen, Augsburg und das von Passau, mit Vorbehalt dessen, was §. 1. dem Erzherzoge Großherzoge davon bestimmt ist; nebst der Stadt Passau, derselben Vorstädten, und allen und jeden Zugehörden diesseits des Inns und der Ilz, und überdies noch einen von ihren äussersten Enden anzunehmenden Bezirk von 500 franz. Toisen im Durchschnitt. Ferner: die Probstei Kempten, die Abteien Waldsassen, Eberach, Irrsee, Wengen, Söflingen, Elchingen, Ursberg, Roggenburg, Wettenhausen, Ottobeurn, Kaisersheim und St. Ulrich; überdies die geistlichen Rechte, eigenthümlichen Besitzungen und Einkünfte, welche von den in der Stadt und Markung Augsburg gelegenen Kapiteln, Abteien und Klöstern abhängen, mit Ausnahme jedoch alles dessen, was in besagter Stadt und derselben Markung selbst begriffen ist. Endlich die Reichsstädte und Reichsdörfer Rothenburg, Weissenburg, Windsheim, Schweinfurt, Gochsheim, Sennfeld, Kempten, Kaufbeurn, Memmingen, Dinkelsbühl, Nördlingen, Ulm, Bopfingen, Buchhorn, Wangen, Leutkirch und Ravensburg, nebst ihren Gebieten, mit Einschlusse der freien Leute auf der Leutkircher Haide.

Es findet keine Vermehrung der Festungswerke der Stadt Passau statt. Sie werden lediglich unterhalten, und es wird kein neues Festungswerk in den Vorstädten angelegt werden. Der Kurfürst von Pfalzbaiern erhält überdies in vollen eigenthümlichen und Landeshoheitsbesitz nach den vorerwähnten Bedingnissen die von dem Antheile des Erzherzogs Großherzogs getrennten Theile von Eichstädt, wobei der fernere Bedacht auf einen Territorialersatz dessen, was dem Kurfürsten von Pfalzbaiern noch für das ihm vorhin angewiesene Bisthum Eichstädt abgeht, vorbehalten wird.

§. 3.

Dem Könige von Preussen, Kurfürsten von Brandenburg, für das Herzogthum Geldern, und den auf dem linken Rheinufer gelegenen Theil des Herzogthums Cleve; für das Fürstenthum Mörs, die Bezirke von Sevenaer, Huissen und Malburg, und für die Rhein- und Maaszölle:

Die Bisthümer Hildesheim und Paderborn; das Gebiet von Erfurt mit Untergleichen, und alle mainzischen Rechte und Besitzungen in Thüringen; das Eichsfeld, und der mainzische Antheil an Treffurt. Ferner die Abteien Herforden, Quedlinburg, Elten, Essen, Werden und Kappenberg; und die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar; endlich die Stadt Münster, nebst dem Theile des Bisthums dieses Namens, welcher an und auf der rechten Seite einer Linie liegt, die unter Olphen über Seperad, Kakelsbeck, Heddingschel, Ghisschink, Notteln, Hulschhofen, Nannhold, Nienburg, Uttenbrock, Grimmel, Schönfeld und Greven gezogen wird, und von da dem Laufe der Ems folgt, bis auf den Zusammenfluß der Hoopsteraa in der Grafschaft Lingen.

Die Ueberreste des Bisthums Münster werden auf folgende Weise vertheilt, nämlich: Dem Herzoge von Oldenburg: die Aemter Vechte und Kloppenburg.

Dem Herzoge von Aremberg: das Amt Meppen mit der köllnischen Grafschaft Recklinghausen.

Dem Herzoge von Croy: die Reste des Amts Dülmen.

Dem Herzoge von Looz und Corswaren: die Reste der Aemter Bevergern und Wolbeck.

Die Kapitel, Archidiakonal-Präbenden, Abteien und Klöster, so in den Aemtern gelegen sind, welche die obenbenannten Ueberreste des Bisthums Münster ausmachen, werden gedachten Aemtern einverleibt.

Den Fürsten von Salm: die Aemter Bocholt und Ahaus, mit den darin liegenden Kapiteln, Archidiakonaten, Abteien und Klöstern; alles im Verhältnisse von zwei Drittheilen für Salm-Salm, und eines Drittheils für Kyrburg, dessen Abtheilung unverzüglich durch eine weitere Anordnung bestimmt werden wird.

Die Reste des Amtes Horstmar mit Einschluß der darin befindlichen Kapitel, Archidiakonate, Abteien und Klöster, fallen den Rheingrafen zu, unter der Bedingung, die gegen die Fürsten von Salm den 26sten Okt. a. p. übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Aus der getroffenen Vertheilung von Münster folgt von selbst, daß die bisherige ständische Verfassung nicht mehr statt finden kann.

Das Haus Salm-Reiferscheid-Bedburg erhält das mainzische Amt Krautheim mit den Gerichtsbarkeitsrechten der Abtei Schönthal in besagtem Amte, und überdies eine beständige auf Amorbach ruhende Rente von 32,000 Gulden.

Der Fürst von Salm-Reiferscheid, für die Grafschaft Niedersalm: eine immerwährende Rente von 12,000 Gulden auf Schönthal.

Der Graf von Reiferscheid-Dyk erhält für die Feudalrechte seiner Grafschaft eine immerwährende Rente von 28,000 Gulden auf die Besitzungen der Frankfurter Kapitel.

§. 4.

Dem Könige von England, Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, für seine Ansprüche auf die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, Hildesheim, Corvey und Höxter, und für seine Rechte und Zuständigkeiten in den Städten Hamburg und Bremen, und in derselben Gebieten, namentlich dem Gebiete der letzteren, so wie dasselbe unten bestimmt werden wird, wie auch für die Abtretung des Amtes Wildeshausen: das Bisthum Osnabrück.

Dem Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel: die Abteien Gandersheim und Helmstädt, mit der Auflage einer immerwährenden Rente von 2000 Gulden zu der Stiftung der Prinzessin Amalie zu Dessau.

§. 5.

Dem Markgrafen von Baden, für seinen Theil an der Grafschaft Sponheim, und für seine Güter und Herrschaften im Luxemburgischen, Elsaß u. s. f: das Bisthum Konstanz, die Reste der Bisthümer Speier, Basel und Stras-

burg, die pfälzischen Aemter Ladenburg, Bretten und Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim; ferner die Herrschaft Lahr, unter den zwischen dem Markgrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau-Usingen und den übrigen Interessenten verabredeten Bedingungen; ferner die hessischen Aemter Lichtenau und Wildstätt; dann die Abteien Schwarzach, Frauenalb, Allerheiligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheim-Münster, Petershausen, Reichenau, Oehningen, die Probstei und das Stift Odenheim, und die Abtei Salmansweiler, mit Ausnahme von Ostrach und den unten bemerkten Zugehörungen; die Reichsstädte Offenburg, Zell am Hammersbach, Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf und Wimpfen; endlich die mittelbaren sowohl, als unmittelbaren Besitzungen und Rechte auf der Südseite des Neckars, welche von den öffentlichen Stiftungen und Körperschaften des linken Rheinufers abhängen.

§. 6.

Dem Herzoge von Wirtemberg, für das Fürstenthum Mömpelgard nebst Zugehörden, wie auch für seine Rechte, Besitzungen, Ansprüche und Forderung im Elsaß und in der Franche-Comté: die Probstei Ellwangen; die Stifter, Abteien und Klöster Zwiefalten, Schönthal und Comburg, mit Landeshoheit (jedoch unter Vorbehalt der Rechte der weltlichen Fürsten und der Grafschaft Limburg). Ferner: Rothenmünster, Heiligenkreuzthal, Oberstenfeld, Margrethenhausen, nebst allen denjenigen, so in seinen neuen Besitzungen gelegen sind. Ferner: das Dorf Dürrenmettstetten, und die Reichsstädte Weil, Reutlingen, Eßlingen, Rothweil, Giengen, Aalen, Hall, Gemünd und Heilbronn; alles unter der Bedingung, folgende immerwährende Renten zu entrichten; nämlich:

Den Fürsten von Hohenlohe-Waldenburg, für ihren Antheil am Bopparder Zoll: 600 Gulden, halb an Bartenstein, halb an Schillingsfürst.

Dem Fürsten von Salm-Reiferscheid, für seine Grafschaft Niedersalm: 12,000 Gulden.

Dem Grafen von Limburg-Styrum, für die Herrschaft Oberstein: 12,200 Gulden.

Dem Grafen von Schall, für sein Gut Megen: 12,000 Gulden.

Der Gräfin Hillesheim, für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen: 5,400 Gulden.

Der verwittweten Gräfin von Löwenhaupt, für die Feudalrechte ihres Antheils an der Herrschaft Ober- und Niederbronn: 11,300 Gulden.

Den Erben des Freiherrn von Dietrich, für gleiche Rechte: 31,200 Gulden.

Den Herren Seubert, für die Lehen Bentzal und Bretigny: 3300 Gulden.

§. 7.

Dem Landgrafen von Hessen-Kassel, für St. Goar und Rheinfels, und für seine Rechte und Ansprüche auf Corvey: die mainzischen Aemter Fritzlar, Naumburg, Neustadt und Amöneburg, die Kapitel Fritzlar und Amöneburg, und die Klöster in besagten Aemtern; ferner: die Stadt Gelnhausen und das Reichsdorf Holzhausen; alles unter Bedingung einer immerwährenden Rente von 22,500 Gulden für den Landgrafen von Hessen-Rothenburg; welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuß des Ertrags von dem §. 39. erwähnten Schiffahrtsoktroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt.

Dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, für die Grafschaft Lichtenberg, die Aufhebung seines Schutzrechts über Wetzlar, und des hohen Geleits in Beziehung auf Frankfurt; für die Abtretung der hessischen Aemter Lichtenau und Wildstädt, Katzenellenbogen, Braubach, Embs, Kleeberg, Epstein und des Dorfs Weiperfelden: das Herzogthum Westphalen mit Zugehörden, und namentlich Volkmarsen, sammt den im genannten Herzogthume befindlichen Kapiteln, Abteien und Klöstern, jedoch mit einer immerwährenden, dem Fürsten von Wittgenstein-Berleburg zu zahlenden Rente von 15,000 Gulden; welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuß des Ertrags von dem §. 39. erwähnten Schiffahrtsoktroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt. Ferner: die mainzer Aemter Gernsheim, Bensheim, Heppenheim, Lorsch, Fürth, Steinheim, Alzenau, Vilbel, Rockenburg, Haßloch, Astheim, Hirschhorn; die mainzischen auf der Südseite des Mains, im Darmstädtischen gelegenen Besitzungen und Einkünfte, namentlich die Höfe Mönchhof, Gundhof und Klarenberg, wie auch diejenigen, so von den dem Fürsten von Nassau-Usingen weiter unten zugewiesenen Kapiteln, Abteien und Klöstern abhängen, mit Ausnahme der Dörfer Bürgel und Schwanheim; ferner: die pfälzischen Aemter Lindenfels, Umstadt und Otzberg, und die Reste der Aemter Alzey und Oppenheim; dann den Rest des Bisthums Worms, die Abteien Seligenstadt und Marienschloß bei Rockenburg; die Probstei Wim-

pfen, und die Reichsstadt Friedberg. Alles unter der Bedingung, die Deputatgelder des Landgrafen von Hessen-Homburg wenigstens um den vierten Theil zu vermehren.

§. 8.

Dem Herzoge von Holstein-Oldenburg, für die Aufhebung des Elsfleter Zolls, die Abtretung der Dörfer in dem weiter unten bezeichneten Landesstrich von Lübeck, und für die ihm und dem Domkapitel zuständigen Rechte und Besitzungen in der Stadt dieses Namens: das Bisthum und Domkapitel Lübeck; das hannöverische Amt Wildeshausen, und die schon erwähnten Aemter Vechte und Kloppenburg im Münsterischen.

§. 9.

Dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin, für seine Rechte und Ansprüche auf zwei erbliche Kanonikate der Kirche zu Strasburg, die ihm als Ersatz für den Hafen von Wismar gegeben waren; so wie für seine Ansprüche auf die Halbinsel Priwal in der Trave, deren ausschließliches Eigenthum der Stadt Lübeck bleibt: die Rechte und das Eigenthum des Lübecker Hospitals in den Dörfern Warnekenhagen, Altenbuchow und Crumbrook, und in denen der Insel Poel; ferner eine immerwährende Rente von 10,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schifffahrtsoktroi.

§. 10.

Dem Fürsten von Hohenzollern-Hechingen, für seine Feudalrechte in der Grafschaft Geulle und den Herrschaften Mouffrin und Baillonville im Lütticher Lande: die Herrschaft Hirschlatt, und das Kloster Stetten.

Dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, für seine Feudalrechte in den Herrschaften Boxmeer, Dixmüde, Berg, Gendringen, Etten, Fisch, Pannerden und Mühlingen; und für seine Domainen in Belgien: die Herrschaft Glatt, die Klöster Inzikhofen, Klosterbeuren und Holzheim, letzteres im Augsburgischen.

§. 11.

Dem Fürsten von Dietrichstein, für die Herrschaft Trasp in Graubünden die Herrschaft Neu-Ravensburg.

Dem Fürsten von Ligne, für Fagnolles: die Abtei Edelstetten, unter dem Namen einer Grafschaft.

§. 12.

Dem Fürsten von Nassau-Usingen, für das Fürstenthum Saarbrück, zwei Drittheile der Grafschaft Saarwerden, die Herrschaft Ottweiler, und die von Lahr in der Ortenau: die mainzischen Aemter Königstein, Höchst, Kronenberg, Rüdesheim, Oberlahnstein, Eltwill, Haarheim, Kassel, mit den Besitzungen des Domkapitels auf der rechten Mainseite unterhalb Frankfurt; ferner das pfälzische Amt Kaub, nebst Zugehörden, der Rest des eigentlichen Kurfürstenthums Kölln (mit Ausnahme der Aemter Altwied und Nurburg); die hessischen Aemter Katzenellenbogen, Braubach, Embs, Epstein und Kleeberg, frei von den solmsischen Ansprüchen; die Dörfer Weiperfelden, Soden, Sulzbach, Schwanheim, und Okriftel; die Kapitel und Abteien Limburg, Rummersdorf, Bleidenstadt, Sayn, und alle Kapitel, Abteien und Klöster in den ihm zur Entschädigung zugefallenen Landen; endlich die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, mit dem Beding, sich in Ansehung der Schadloshaltung des Hauses Sayn-Wittgenstein, dessen Ansprüche auf die Grafschaft Sayn und Zugehörden erloschen bleiben, nach der darüber getroffenen Uebereinkunft zu benehmen.

Dem Fürsten von Nassau-Weilburg, für den dritten Theil an Saarwerden, und die Herrschaft Kirchheim Polanden: der Rest des Kurfürstenthums Trier, mit den Abteien Arnstein, Schönau und Marienstadt.

Dem Fürsten von Nassau-Dillenburg, zur Entschädigung für die Statthalterschaft, und seine Domainen in Holland und Belgien: die Bisthümer Fulda und Corvey, die Reichsstadt Dortmund, die Abtei Weingarten, die Abteien und Probsteien Hofen, St. Gerold im Weingartischen, Bandern im Lichtensteinischen Gebiete, Dietkirchen im Nassauischen; so wie alle Kapitel, Abteien, Probsteien und Klöster in den zugetheilten Landen, unter der Bedingung, den bestehenden und schon früher von Frankreich anerkannten Ansprüchen auf einige Erbschaften, welche im Laufe des letzten Jahrhunderts mit dem Nassau-Dillenburgischen Majorat vereiniget worden sind, Genüge zu thun.

§. 13.

Dem Fürsten von Thurn und Taxis, zur Schadloshaltung für die Einkünfte der Reichsposten in den an Frankreich abgetretenen Provinzen: das gefürstete Damenstift Buchau, nebst der Stadt; die Abteien Marchthal und Neresheim, das zu Salmansweiler gehörige Amt Ostrach im ganzen Umfange

seiner gegenwärtigen Verwaltung, mit der Herrschaft Schemmelberg und den Weilern Tiefenthal, Frankenhofen und Stetten.

Uebrigens wird die Erhaltung der Posten des Fürsten von Thurn und Taxis, so wie sie konstituirt sind, garantirt. Dem zu Folge sollen die gedachten Posten in dem Zustande erhalten werden, in welchem sie sich, ihrer Ausdehnung und Ausübung nach, zur Zeit des Luneviller Friedens befanden.

Um diese Anstalt in ihrer ganzen Vollständigkeit, so wie sie sich in besagtem Zeitpunkte befand, desto mehr zu sichern, wird sie dem besondern Schutze des Kaisers und des kurfürstlichen Kollegiums übergeben.

§. 14.

Dem Fürsten von Löwenstein-Werthheim, für die Grafschaft Pütlingen, die Herrschaften Scharfeneck, Cugnon und andere: die zwei mainzer Dörfer Würth und Trennfurt, die wirzburgischen Aemter Rothenfels und Homburg, die Abteien Brombach, Neustadt und Holzkirchen, die wirzburgischen Verwaltungen Widdern und Thälheim, eine immerwährende Rente von 12,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schifffahrtsoktroi, und die wirzburgischen Rechte und Einkünfte in der Grafschaft Werthheim; jedoch unter der Klausel, gedachtes Amt Homburg und die Abtei Holzkirchen dem Kurfürsten von Pfalzbaiern gegen eine immerwährende Rente von 28,000 Gulden, oder gegen jedes andre Aequivalent, dessen sie übereinkommen mögen, wieder abzutreten.

Den Grafen von Löwenstein-Werthheim, für die Grafschaft Virneburg: das Amt Freudenberg, die Karthause Grünau, das Kloster Triefenstein, und die Dörfer Montfeld, Rauenberg, Wessenthal und Trennfeld.

§. 15.

Dem Fürsten von Oettingen-Wallerstein, für die Herrschaft Dachstuhl: die Abtei Heiligenkreuz zu Donauwörth, das Kapitel St. Magnus zu Füßen, und die Klöster Kirchheim, Deggingen und Maihingen im Wallersteinischen.

§. 16.

Den Fürsten und Grafen zu Solms, für die Herrschaften Rohrbach, Kratz-Scharfenstein und Hirschfeld, und für ihre Rechte und Ansprüche auf die Abtei Arensburg und das Amt Kleeberg: die Abteien Arensburg und Altenburg im Solmsischen.

§. 17.

Den Fürsten und den Grafen von Stollberg, für die Grafschaft Rochefort und ihre Ansprüche auf Königstein: eine immerwährende Rente von 30,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schiffahrtsoktroi.

§. 18.

Dem Fürsten Karl von Hohenlohe-Bartenstein, für die Herrschaft Oberbrunn: die Aemter Faltenbergstetten, Lautenbach, Jaxtberg und Braunsbach, der wirzburger Zoll im Hohenloheschen und Antheil am Dorfe Neuenkirchen, das Dorf Münster und der östliche Theil des Gebiets von Karlsberg; alles unter der Klausel, das nöthige Gebiet zu einer militärischen Straße und direkten ununterbrochenen Kommunikation von Wirzburg nach Rothenburg gegen ein billiges Aequivalent an den Kurfürsten von der Pfalz wieder abzutreten.

Den Häuptern der beiden Linien von Hohenlohe-Waldenburg, für ihren Antheil am Bopparder Zoll: die schon erwähnten beständigen Renten von 600 fl. auf Comburg.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen, für seine Rechte und Ansprüche auf die 7 Dörfer Königshofen, Rettersheim, Reiderfeld, Wermuthhausen, Neubronn, Streichenthal und Oberndorf: das Dorf Nagelsberg.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein, für die Abtretung des Dorfs Münster und des östlichen Theils vom Karlsberger Gebiete, nämlich ein Bezirk von 500 franz. Toisen im Durchschnitte, von der äussersten Gränze an gerechnet: das Dorf Amrichshausen, und die mainzer, wirzburger und comburger Antheile an dem Marktflecken Künzelsau.

§. 19.

Dem Fürsten von Isenburg, für die Abtretung des Dorfs Okriftel: das Dorf Gainsheim nah am Rhein, mit den Resten der Abtei von Jakobsberg auf der rechten Rheinseite, jedoch mit Ausschluß derjenigen, welche im Gebiete des Landgrafen von Hessen-Kassel eingeschlossen sind; sodann das Dorf Bürgel bei Offenbach.

Der Fürstin von Isenburg, Gräfin von Parkstein, für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen und andern Herrschaften am linken Rheinufer: eine immerwährende Rente von 23,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schifffahrtsoktroi.

§. 20.

Dem Hause Leiningen, für das Fürstenthum dieses Namens, die Grafschaft Daxburg und die Herrschaft Weihersheim, so wie für seine Rechte und Ansprüche auf Saarwerden, Lahr und Mahlberg, nämlich:

Dem Fürsten von Leiningen: die mainzischen Aemter Miltenberg, Buchen, Seeligenthal, Amorbach und Bischofsheim; die von Wirzburg getrennten Aemter Grünsfeld, Lauda, Hartheim und Rittberg; die pfälzischen Aemter Boxberg und Mosbach, und die Abteien Gerlachsheim und Amorbach.

Dem Grafen von Leiningen-Guntersblum, für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die mainzische Kellerei Billigheim und eine immerwährende Rente von 3,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schiffahrtsoktroi.

Dem Grafen von Leiningen-Heidesheim, für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die mainzische Kellerei Neidenau und eine immerwährende Rente von 3,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schifffahrtsoktroi.

Dem Grafen von Leiningen-Westerburg, älterer Linie: die Abtei und das Kloster Ilbenstadt in der Wetterau mit der Landeshoheit in ihrem geschlossenen Umfange, und eine immerwährende Rente von 3,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schifffahrtsoktroi.

Dem Grafen von Leiningen-Westerburg, jüngerer Linie: die Abtei Engelthal in der Wetterau, und eine immerwährende Rente von 6,000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schifffahrtsoktroi.

§. 21.

Dem Fürsten von Wiedrunkel, für die Grafschaft Kriechingen: die köllnischen Aemter Nurburg und Altwied, und die Kellerei Wilmar.

§. 22.

Dem Fürsten von Bretzenheim, für Bretzenheim und Winzenheim: die Stadt und das gefürstete Damenstift Lindau am Bodensee.

§. 23.

Dem Fürsten von Wittgenstein-Berleburg, für die Herrschaften Neumagen und Hemsbach: die schon erwähnte immerwährende Rente von 15,000 Gulden auf das Herzogthum Westphalen. Die als rechtmäßig anerkannten Ansprüche des Hauses Sayn-Wittgenstein auf die Grafschaften Sayn-Altenkirchen

und Hachenburg werden durch die zwischen dem Markgrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau, und den gedachten Grafen von Wittgenstein getroffene Uebereinkunft befriediget.

§. 24.

Nachdem in Erwägung der Unzulänglichkeit der noch disponibel bleibenden Theile von unmittelbarem Gebiete und den gleichwohl bestehenden Erfordernissen eines verhältnißmäßigen Etablissements zur Uebertragung des Stimmrechts, die unmittelbaren Abteien und Klöster: Ochsenhausen, Münchroth, Schussenried, Guttenzell, Hegbach, Baindt, Buxheim, Weisenau und Isny mit ihren Zugehörden; dann die Stadt Isny, für die Entschädigung der Reichsgrafen bestimmt sind, so wird diese Entschädigungsmasse folgender Gestalt vertheilt:

Dem Grafen von Aspremont-Lynden wegen Reckheim: die Abtei Baindt und eine jährliche Rente mit 850 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Bassenheim wegen Pyrmont und Ollbrücken: die Abtei Hegbach (mit Ausschluß der Orte Mietingen und Sullmingen, des Zehnden zu Baldringen und der zu diesem letzten Antheile bestimmten 500 Jauchert Wald), ferner eine jährliche Rente von 1,300 Gulden von Buxheim.

Dem Grafen von Metternich wegen Winneburg und Beilstein: die Abtei Ochsenhausen, (mit Ausschluß des Amtes Tannheim) unter der Verbindlichkeit jedoch, eine jährliche Rente von 20,000 Gulden; nämlich an den Grafen von Aspremont 850 Gulden, an den Grafen von Quadt 11,000 Gulden, an den Grafen von Wartemberg 8,150 Gulden hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Ostein wegen Mylendonk: die Abtei Buxheim (mit Ausschluß des Dorfes Pleß) unter der Verbindlichkeit, eine jährliche Rente von 9,000 Gulden; nämlich an den Grafen von Bassenheim 1,300 Gulden, an den Grafen von Plettenberg 6,000 Gulden, an den Grafen von Goltstein 1,700 Gulden hinaus zu bezahlen.

Dem Grafen von Plettenberg wegen Wittem und Eyß: die Hegbachischen Orte Miedingen und Sullmingen sammt dem Zehnden in Baldringen und 500 Jauchert Wald, welche demselben in den an Miedingen zunächst angränzenden Walddistrikten Wolfloch, Laitbühl und Schneckenkau zuzumessen sind; nebstdem eine jährliche Rente mit 6,000 Gulden von Buxheim.

Dem Grafen von Quadt wegen Wickerath und Schwanenberg: die Abtei und Stadt Isny und eine jährliche Rente mit 11,000 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Schäsberg wegen Kerpen und Lommersum: das ochsenhausische Amt Tannheim (mit Ausschluß des Dorfs Winterrieden) unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 2,000 Gulden, nämlich an den Grafen von Sinzendorf 1,500 Gulden, an den Grafen von Hallberg 500 Gulden, hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Sinzendorf wegen der Burggrafschaft Rheinek: das vorerwähnte Dorf Winterrieden unter der Benennung einer Burggrafschaft, und eine jährliche Rente mit 1,500 Gulden von Tannheim.

Dem Grafen von Sternberg wegen Blankenheim, Junkrath, Geroltsstein und Dollendorf: die Abteien Schussenried und Weissenau, unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 13,900 Gulden, nämlich an den Grafen von Wartemberg für Sickingen 5,500 Gulden, an den Grafen von Sickingen zu Sickingen 1,110 Gulden, an den Grafen von Hallberg 6,880 Gulden, an den Grafen von Nesselrod-Reichenstein 260 Gulden, an den Grafen von Goltstein 150 Gulden hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Törring wegen Gronsfeld: die Abtei Guttenzell.

Dem Grafen von Wartemberg wegen Wartemberg: die Abtei Roth, und eine jährliche Rente von 8,150 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Wartemberg für Sickingen wegen Ellerstadt, Aspach und Oranienhof: das buxheimische Dorf Pleß, und eine jährliche Rente mit 5,500 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Goltstein wegen Schlenacken: eine jährliche Rente von 1,850 Gulden, nämlich von Buxheim 1,700 Gulden, von Schussenried 150 Gulden.

Dem Grafen von Hallberg wegen Fußgehnheim und Ruchheim: eine jährliche Rente von 7,380 Gulden, nämlich von Schussenried 6,880 Gulden, und von Tannheim 500 Gulden.

Dem Grafen von Nesselrod-Reichenstein für Burgfrei und Mechernich: eine jährliche Rente mit 260 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Sickingen zu Sickingen für das Amt Hoheneinöden: eine jährliche Rente mit 1,110 Gulden von Schussenried.

Dieser Vertheilung werden noch folgende allgemeine Bestimmungen beigefügt:

1) Die Stimmrechte derjenigen entschädigten Reichsgrafen, deren Verlust in einem reichsunmittelbaren Gebiete, welches zu Reichs- und Kreisprästanden beigetragen, bestanden, und die zugleich eine Stimme oder Antheil daran auf Reichs- und Kreistagen gehabt haben, nämlich der Grafen von Aspremont, Bassenheim, Metternich, Ostein, Plettenberg, Quadt, Schäsberg, Sinzendorf, Sternberg, Törring und Wartemberg, werden auf ihre neuen Besitzungen radizirt.

2) Die von einem Hauptentschädigungsobjekte (chef - lieu) getrennten Theile entrichten die Anlagen zu Reichs- und Kreisprästanden in die Hauptkasse, und in dem Verhältnisse wie bisher, und stellen nicht minder die Mannschaft zu dem bisherigen Kontingente: der Besitzer des getrennten Theils hat das Recht die Anlags-Quota zu subrepartiren und die Mannschaft auszuheben.

3) Das Abzugsrecht zwischen den Besitzungen des Hauptortes und dem getrennten Theile bleibt in dem bisherigen Zustande.

4) Dem Inhaber eines getrennten Theiles bleiben das daselbst befindliche und dazu gehörige Mobiliarvermögen und Rückstände (arrérages), über welche derselbe mit dem vorigen Besitzer übereinzukommen hat.

An den Aktiv- und Passiv-Kapitalien der Kammeralkasse des Hauptortes hat hingegen derselbe keinen Antheil, weil diese bei Berechnung des Ertrags überhaupt schon berücksichtigt sind.

5) Er ist verbunden, zu der Sustentation der Geistlichkeit des Hauptortes nach Verhältniß des Ertrags des getrennten Theiles zum Ganzen beizutragen.

6) Den in der Vertheilung angewiesenen Renten kommen alle jene Vorzüge und Verfügungen zu statten, welche durch gegenwärtige Urkunde in Ansehung der in ihr enthaltenen Renten bestimmt sind.

7) Der Empfänger einer Rente ist gleichfalls verbunden, zu den Sustentationskosten der Geistlichkeit des Hauptortes, worauf die Rente radizirt ist, beizutragen; jedoch weil er an dem Mobiliarvermögen des Entschädigungsobjektes keinen Theil hat, nur die Hälfte derjenigen Quota, welche sich nach Verhältniß dieser Rente zu dem unter Abzug der Lasten berechneten Ertrag des Entschädigungsobjektes ergiebt.

8) Zu einiger Ausgleichung der temporären Lasten, und vorzüglich der nach einem billigen Ueberschlag, in Gemäßheit der §§. 51. u. 57. gegenwärtiger Urkunde erwogenen Sustentationskosten der Geistlichkeit in den neun Abteien,

sind die Aktiv-Kapitalien der Karthause Buxheim mit 176,000 Gulden nach folgenden Prinzipien zu verwenden.

a) Die Sustentationssumme, welche den dritten Theil des Ertrags einer Abtei nicht übersteigt, wird sowohl durch die Allgemeinheit dieser Last, als durch Ueberlassung des Mobiliarvermögens, als kompensirt betrachtet.

b) Wenn die Sustentationssumme aber den Ertragsdrittel übersteigt, so wird der Ueberschuß aus gedachten Kapitalien achtfach vergütet.

c) Der künftige Besitzer von Buxheim hat diese Kapitalien zu verwalten, an die Theilhaber mit 3½ pr. Ct. zu verzinnsen und mittelst successiver Aufkündigung, in achtjährigen ratis abzuzahlen.

d) Zu Folge dieser Bestimmungen erhalten an gedachten Aktiv-Kapitalien die künftigen Besitzer auf die Abtei Roth 7,500 Gulden, auf Weissenau 6,450 Gulden, auf Buxheim 20,200 Gulden, auf Hegbach 53,950 Gulden, auf Baindt 38,650 Gulden, und auf Guttenzell 45,250 Gulden; der verbleibende Rest mit 4,000 Gulden ist als ein gemeinschaftlicher Ueberschuß zu Deckung des etwaigen Verlusts anzusehen.

e) Falls sich ein größerer Verlust ohne Verschuldung der Verwaltung ergäbe, so ist solcher von allen Theilnehmern pro rata zu tragen.

Die Ergänzung der Entschädigung, wo sie statt hat, und in soweit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt wird, wird übrigens für die erwähnten Grafen und für alle andere sich auf gleichen Titel gründende Reklamanten, auf jene Einkünfte angewiesen, welche noch zu einer weitern Bestimmung übrig bleiben dürften.

§. 25.

Der Stuhl zu Mainz wird auf die Domkirche zu Regensburg übertragen. Die Würden eines Kurfürsten, Reichserzkanzlers, Metropolitan-Erzbischofs und Primas von Teutschland bleiben auf ewige Zeiten damit vereinigt. Seine Metropolitan-Gerichtsbarkeit erstreckt sich in Zukunft über alle auf der rechten Rheinseite liegende Theile der ehemaligen geistlichen Provinzen von Mainz, Trier und Kölln, jedoch mit Ausnahme der königl. preuss. Staaten; ingleichen über die salzburgische Provinz, so weit sich dieselbe über die mit Pfalzbaiern vereinigten Länder ausdehnt.

Was das Weltliche betrifft; so wird die Ausstattung des Kurfürsten Erzkanzlers zuförderst auf die Fürstenthümer Aschaffenburg und Regensburg be-

gründet. Jenes begreift das Oberamt Aschaffenburg in seiner gegenwärtigen Vollständigkeit und Ausdehnung; sodann die Aemter Aufenau, Lohr, Orb mit den Salzwerken, Prozelten, Klingenberg auf der rechten Seite des Mains, und das wirzburgische Amt Aurach im Sinngrunde. Dieses besteht aus dem bisherigen Bisthume Regensburg, sammt der Stadt dieses Namens, und allem, was davon abhängt, mit den darin befindlichen mittelbaren und unmittelbaren Stiftern, Abteien und Klöstern, namentlich: St. Emmeran, Obermünster und Niedermünster; alles nach den dermalen bestehenden Verhältnissen gegen Baiern.

Ferner gehören zu dieser Ausstattung: die Reichsstadt Wetzlar in der Eigenschaft einer Grafschaft, und mit voller Landeshoheit; wie auch alle Stifter, Abteien und Klöster, die in den benannten Fürstenthümern und der Grafschaft gelegen sind. Auch das Haus Kompostell zu Frankfurt, und alle Proprietäten, Besitzungen und Einkünfte, welche dem mainzischen Domkapitel, ausser den, dem Könige von Preussen, den Landgrafen von Hessen-Kassel und Darmstadt, den Fürsten von Nassau-Usingen und Leiningen angewiesenen Aemtern, zugestanden haben, und von demselben genossen worden sind.

Der Ertrag der hier oben benannten Gegenstände ist zu 650,000 Gulden angeschlagen.

Die Ergänzung der dem Kurfürsten Erzkanzler bestimmten Entschädigung von einer Million Gulden wird durch Anweisung auf das §. 39. erwähnte Schifffahrtsoktroi bewerkstelligt. Mittlerweile, bis dieses Oktroi in Vollzug gesetzt ist, sollen die Zölle der rechten Rheinseite, mit deren Einnahme seit dem ersten Dezember 1802 fortgefahren worden, zur Entrichtung der besagten Entschädigungs-Ergänzung dienen. Der Kurfürst Erzkanzler wird sich desfalls mit den Fürsten benehmen, im Namen derer diese Zölle eingenommen worden sind. Wenn sich nach Berichtigung der ihm zukommenden Ergänzung hieran noch ein hinreichender Ueberschuß ergiebt, so soll derselbe zu verhältnißmäßiger Bestreitung der §§. 9. 14. 17. 19. und 20. enthaltenen Anweisungen verwendet werden.

Der Kurfürst Erzkanzler wird fernerhin nach den Statuten seiner alten Metropolitankirche gewählt werden.

Den Städten Regensburg und Wetzlar wird eine unbedingte Neutralität selbst in Reichskriegen zugesichert, indem jene der Sitz des Reichstags, diese des Reichskammergerichts ist.

§. 26.

Aus Rücksicht für die Kriegsdienste ihrer Glieder, werden der teutsche und der Malthefer Orden der Säkularisation nicht unterworfen, und erhalten für ihren Verlust auf der linken Rheinseite zur Vergütung, nämlich: der Fürst Hoch- und Teutschmeister und der teutsche Orden: die mittelbaren Stifter, Abteien und Klöster im Vorarlberg, im östreichischen Schwaben, und überhaupt alle Mediatklöster der Augsburger und Konstanzer Diöcesen in Schwaben, worüber nicht disponirt worden ist, mit Ausnahme der im Breisgau gelegenen.

Der Fürst Großprior und das teutsche Großpriorat des Malthefer Ordens: die Grafschaft Bondorf; die Abteien St. Blasi, St. Trutpert, Schuttern, St. Peter, Tennenbach, und überhaupt alle Stifter, Abteien und Klöster im Breisgau, mit allen auf der rechten Rheinseite gelegenen respektiven Zugehörungen der so eben benannten Objekte, jedoch mit der Obliegenheit, nach einer noch vorzunehmenden Liquidation, die persönlichen Schulden der vormaligen Bischöfe von Basel und Lüttich zu bezahlen, welche sie seit der Entfernung von ihren Sitzen gemacht haben.

§. 27.

Das Kollegium der Reichsstädte besteht in Zukunft aus den freien und unmittelbaren Städten: Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen und Hamburg.

Sie geniessen in dem ganzen Umfange ihrer respektiven Gebiete die volle Landeshoheit und alle Gerichtsbarkeit ohne Ausnahme und Vorbehalt; jedoch der Appellation an die höchsten Reichsgerichte unbeschadet. Sie geniessen auch selbst in den Reichskriegen einer unbedingten Neutralität. Zu dem Ende sind sie auf immer von allen ordentlichen und ausserordentlichen Kriegsbeiträgen befreit, und bei allen Fragen über Krieg und Frieden von allem Antheil an den Reichsberathschlagungen vollkommen und nothwendiger Weise entbunden. Ueberdies erhalten sie als Entschädigung, Vergütung und Bewilligung, nämlich:

Die Stadt Augsburg: alle geistliche Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte in ihrem Gebiete, sowohl in- als ausserhalb der Ringmauern, nichts ausgenommen.

Die Stadt Lübeck, für die Abtretung der von ihrem Hospitale abhängenden Dörfer und Weiler im Mecklenburgischen: denjenigen ganzen Landesbezirk des Bisthums und Domkapitels zu Lübeck, mit allen und jeden Rechten,

Gebäuden, Eigenthum und Einkünften, welcher zwischen der Trave, der Ostsee, dem Himmelsdorfer See und einer Linie begriffen ist, die von da oberhalb Swartau in einer Entfernung von wenigstens 500 franz. Toisen von der Trave, dem dänischen Holstein und dem Hannöverischen gezogen wird.

Ueber die von der Stadt Lübeck abhängigen einzelnen Stücke, welche ausserhalb des eben bezeichneten Bezirks in den Landen des Herzogs von Holstein-Oldenburg eingeschlossen liegen, wird man sich gütlich vereinigen.

Die Stadt Frankfurt, für die Abtretung ihres Antheils an den Dörfern Soden und Sulzbach: alle innerhalb ihres Umkreises gelegene Stifter, Abteien und Klöster, mit allen ihren innerhalb und ausserhalb des Stadtbezirks befindlichen Zugehörungen, namentlich: Mökstadt, und alle in gedachter Stadt und ihrem Gebiete begriffene geistliche Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte (das Kompostell ausgenommen) unter der Bedingung, eine beständige Rente von 28,000 Gulden dem Grafen von Salm-Reiferscheid-Dyk, eine von 3,600 Gulden dem Grafen von Stadion-Warthausen, und von 2,400 Gulden dem Grafen von Stadion-Tannhausen zu bezahlen.

Diese Renten, welche im Ganzen 34,000 Gulden ausmachen, werden in der Folge auf den Ueberschuß des Ertrags von dem §. 39. erwähnten Schiffahrtsoktroi übertragen, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt.

Ueberdies wird der Frankfurter Handel von allen Geleitsrechten, die von irgend einem Reichsstande ausgeübt, oder angesprochen werden möchten, gänzlich befreit.

Das Gebiet von Bremen begreift den Flecken Vegesack sammt Zugehörungen, das Grolland, den Barkhof, die Hemlinger Mühle, die Dörfer Hastede, Schwaghausen, und Vahr mit Zugehörungen; und alles, was zwischen der Weser, den Flüssen Wümme und Leesum, den bisherigen Gränzen, und einer von der Sebaldsbrücke über die Hemlinger Mühle, bis an das linke Ufer der Weser gehenden Linie liegt; nebst allen vom Herzogthum und Domkapitel Bremen, und überhaupt von dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg in gedachter Stadt, und in dem genannten Gebiete abhängigen Rechten, Gebäuden, Eigenthum und Einkünften.

Um den Bremer Handel und die Schifffahrt auf der Niederweser vor jeder Beschränkung zu schützen, wird der Elsfleter Zoll für immer aufgehoben; so daß er unter keinerlei Vorwand und Benennung wieder hergestellt, noch die Schiffe, oder Fahrzeuge, so wie die Waaren, welche sie führen, weder beim Hinauf- noch Hinunterfahren auf gedachtem Flusse unter irgend einem Vorwande an- oder aufgehalten werden dürfen.

Die Stadt Hamburg erhält alle in ihrem Bezirk oder Gebiete gelegenen Rechte, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte des Herzogthums, und des Domkapitels Bremen, und des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg überhaupt.

Die nähere Bestimmung des Gebiets der Stadt Nürnberg wird auf weitere Vergleichshandlungen ausgesetzt.

Gedachte 6 Städte dürfen nur Reichsständen militärische Werbungen in ihren Ringmauern und Gebieten gestatten.

Die Kurfürsten und Fürsten, welchen Reichsstädte als Entschädigung zufallen, werden diese Städte in Bezug auf ihre Munizipalverfassung und Eigenthum auf den Fuß der in jedem der verschiedenen Lande am meisten privilegirten Städte behandeln, so weit es die Landesorganisation und die zum allgemeinen Besten nöthigen Verfügungen gestatten.

Insbesondere bleibt ihnen die freie Ausübung ihrer Religion, und der ruhige Besitz aller ihrer zu kirchlichen und milden Stiftungen gehörigen Güter und Einkünfte gesichert.

§. 28.

Die Entschädigungen, welche etwa einzelnen Mitgliedern der Reichsritterschaft gebühren dürften, werden, so wie die Indemnisationsergänzung der Reichsgrafen, im Verhältniß ihrer rechtmäßigen Ansprüche, in so weit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt werden, in immerwährenden Renten auf jene Einkünfte angewiesen, welche zu einer weitern Bestimmung übrig bleiben dürften.

§. 29.

Die helvetische Republik erhält zur Vergütung ihrer Rechte und Ansprüche auf die von ihren geistlichen Stiftungen abhängigen Besitzungen in Schwaben, über welche durch die vorhergehenden Artikel disponirt worden ist: das Bisthum Chur, hat aber für den Unterhalt des Fürstbischofs, des Kapitels, und ihrer Diener zu sorgen; sodann die Herrschaft Trasp. Auch stehet es ihr frei, mit-

tels immerwährender, dem reinen Ertrage gleich kommender, jedoch nach dem durch die helvetischen Gesetze bestimmten Fuß einlösbarer Renten, oder durch jede andere mit den Interessenten zu treffende Uebereinkunft, alle und jede Rechte, Zehnden, und Domainen, Güter und Einkünfte an sich zu lösen, welche sowohl dem Kaiser, den Fürsten und Ständen des Reichs, als den säkularisirten geistlichen Stiftungen, fremden Herrschaften, und Privatpersonen im ganzen Umfange des helvetischen Gebiets zustehen.

Jene Säkularisationen, welche besagte Republik innerhalb ihrer Gränzen vornehmen dürfte, gehen ohne Verlust und Nachtheil der im deutschen Reiche gelegenen Zugehörden ihrer geistlichen Stiftungen vor sich, ausschließlich dessen, worüber anders verfügt worden ist; und ein Gleiches wird für die, teutschen geistlichen Stiftungen zustehenden Zugehörden in Helvetien festgesetzt. Alle und jede Gerichtsbarkeit eines Fürsten, Standes oder Mitgliedes des teutschen Reichs in dem Bezirke des helvetischen Territoriums hört künftig auf, gleichwie alle Lehenherrlichkeit und alle bloße Ehrenberechtigung. Das Nämliche hat in Ansehung der schweizerischen im Umfange des teutschen Reichs liegenden Besitzungen statt.

§. 30.

Alle in den vorhergehenden Artikeln festgesetzten beständigen Renten können jederzeit gegen ein Kapital zu 2½ Przt. abgelöst werden; jeder andern zwischen den interessirten Theilen freiwillig beliebten Uebereinkunft unbeschadet.

Der Termin, auf welchen die gedachten Renten fällig sind, ist auf den ersten Dezember jedes Jahres festgesetzt.

Die Zahlung geschieht im vier und zwanzig Gulden Fuß, in laufenden harten Silbersorten.

§. 31.

Die Kurwürde wird dem Erzherzoge Großherzoge ertheilt; desgleichen dem Markgrafen von Baden, dem Herzoge von Wirtemberg, und dem Landgrafen von Hessen-Kassel, welche in Ansehung des Ranges unter sich, nach den im Fürstenrathe bestehenden Strophen, alterniren werden, und zu ihrer Einführung die herkömmlichen Förmlichkeiten zu beobachten haben. Nach gänzlicher Erlöschung des Hauses Hessen-Kassel in allen seinen Linien, wird die Kurwürde auf Hessen-Darmstadt übergehen.

§. 32.

Neue Virilstimmen im Reichsfürstenrathe erhalten:

Der Kaiser, als Erzherzog zu Oesterreich: für Steyermark eine, für Krain eine, für Kärnthen eine, und Tyrol eine, in allem	4	Stimmen.
Der Kurfürst von der Pfalz, als Herzog in Baiern: für das Herzogthum Berg eine, für Sulzbach eine, für Niederbaiern eine, und für Mindelheim eine, in allem	4	—
Der König von Preussen, als Herzog von Magdeburg: für Erfurt eine, und für das Eichsfeld eine, in allem	2	—
Der Kurfürst Reichserzkanzler: für das Fürstenthum Aschaffenburg eine	1	—
Der Kurfürst von Sachsen: als Markgraf zu Meissen eine, für die Burggrafschaft Meissen eine, und für Querfurt eine, in allem	3	—
Ebenderselbe wechselsweise mit den Herzogen von Sachsen-Weimar, und von Sachsen-Gotha: für Thüringen eine	1	—
Der König von England, als Herzog von Bremen: für Göttingen eine	1	—
Der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel: für Blankenburg eine	1	—
Der Markgraf von Baden: für Bruchsal anstatt Speier eine, und für Ettenheim anstatt Strasburg eine, in allem	2	—
Der Herzog von Wirtemberg: für Teck eine, für Zwiefalten eine, und für Tübingen eine, in allem	3	—
Der König von Dänemark, als Herzog von Holstein: für Plön	1	—
Der Landgraf von Hessen-Darmstadt: für das Herzogthum Westphalen eine, und für Starkenburg eine, in allem	2	—
Der Landgraf von Hessen-Kassel: für Fritzlar eine, und für Hanau eine, in allem	2	—
Der Herzog von Modena: für das Breisgau eine, und für die Ortenau eine, in allem	2	—
Der Herzog von Mecklenburg-Strelitz: für Stargard eine	1	—
Der Herzog von Aremberg: seine auf diesseitige Lande versetzte Virilstimme	1	—
Der Fürst von Salm-Salm: eine eigene Stimme, die vorher mit Salm-Kyrburg gemeinschaftlich war	1	—
Der Fürst von Nassau-Usingen eine	1	—

	Stimmen.	
Der Fürst von Nassau-Weilburg eine	1	—
Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen eine	1	—
Der Fürst von Salm-Kirburg eine	1	—
Der Fürst von Fürstenberg: für Baar und Stühlingen eine	1	—
Der Fürst von Schwarzenberg: für Klettgau eine	1	—
Der Fürst von Thurn und Taxis: für Buchau eine	1	—
Der Fürst von Waldeck eine	1	—
Der Fürst von Löwenstein-Werthheim eine	1	—
Der Fürst von Oettingen-Spielberg eine	1	—
Der Fürst von Oettingen-Wallerstein eine	1	—
Der Fürst von Solms-Braunfels eine	1	—
Die Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein eine	1	—
Der Fürst von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst eine	1	—
Der Fürst von Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein eine	1	—
Der Fürst von Isenburg-Birstein eine	1	—
Der Fürst von Kaunitz: für Rittberg eine	1	—
Der Fürst von Reuß-Plauen-Graiz eine	1	—
Der Fürst von Leiningen eine	1	—
Der Fürst von Ligne: für Edelstetten eine	1	—
Der Herzog von Loos: für Wolbeck eine	1	—

Die Aufrufordnung sowohl der alten, als der neuen Stimmen im Reichsfürstenrathe wird künftig nach der 10ten Strophe folgende seyn:

1. Oestreich.
2. Oberbaiern.
3. Steyermark.
4. Magdeburg.
5. Salzburg.
6. Niederbaiern.
7. Regensburg.
8. Sulzbach.
9. Teutscher Orden.
10. Neuburg.
11. Bamberg.
12. Bremen.
13. Markgraf von Meissen.
14. Berg.
15. Wirzburg.
16. Kärnthen.
17. Eichstädt.
18. Sachsen-Koburg.
19. Bruchsal.
20. Sachsen-Gotha.
21. Ettenheim.
22. Sachsen-Altenburg.

23. Konstanz.
24. Sachsen = Weimar.
25. Augsburg.
26. Sachsen = Eisenach.
27. Hildesheim.
28. Brandenburg = Anspach.
29. Paderborn.
30. Brandenburg = Baireuth.
31. Freisingen.
32. Braunschweig = Wolfenbüttel.
33. Thüringen.
34. Braunschweig = Zelle.
35. Passau.
36. Braunschweig = Kalenberg.
37. Trient.
38. Braunschweig = Grubenhagen.
39. Brixen.
40. Halberstadt.
41. Krain.
42. Baden = Baden.
43. Wirtemberg = Teck.
44. Baden = Durlach.
45. Osnabrück.
46. Verden.
47. Münster.
48. Baden = Hochberg.
49. Lübeck.
50. Wirtemberg.
51. Hanau.
52. Holstein = Glückstadt.
53. Fuld.
54. Holstein = Oldenburg.
55. Kempten.
56. Mecklenburg = Schwerin.
57. Ellwangen.
58. Mecklenburg = Güstrow.
59. Maltheser Orden.
60. Hessen = Darmstadt.
61. Bergtolsgaden.
62. Hessen = Kassel.
63. Westphalen.
64. Vorpommern.
65. Holstein = Plön.
66. Hinterpommern.
67. Breisgau.
68. Sachsen = Lauenburg.
69. Corvey.
70. Minden.
71. Burggraf von Meissen.
72. Leuchtenberg.
73. Anhalt.
74. Henneberg.
75. Schwerin.
76. Kamin.
77. Ratzeburg.
78. Hirschfeld.
79. Tyrol.
80. Tübingen.
81. Querfurt.
82. Aremberg.
83. Hohenzollern = Hechingen.
84. Fritzlar.
85. Lobkowitz.
86. Salm = Salm.
87. Dietrichstein.
88. Nassau = Hadamar.
89. Zwiefalten.
90. Nassau = Dillenburg.

91. Auersberg.
92. Starkenburg.
93. Ostfriesland.
94. Fürstenberg.
95. Schwarzenberg.
96. Göttingen.
97. Mittelheim.
98. Lichtenstein.
99. Thurn und Taxis.
100. Schwarzburg.
101. Ortenau.
102. Aschaffenburg.
103. Eichsfeld.
104. Braunschweig-Blankenburg.
105. Stargard.
106. Erfurt.
107. Nassau-Usingen.
108. Nassau-Weilburg.
109. Hohenzollern-Sigmaringen.
110. Salm-Kyrburg.
111. Fürstenberg-Baar.
112. Schwarzenberg-Klettgau.
113. Taxis-Buchau.
114. Waldeck.
115. Löwenstein-Werthheim.
116. Oettingen-Spielberg.
117. Oettingen-Wallerstein.
118. Solms-Braunfels.
119. Hohenlohe-Neuenstein.
120. Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst.
121. Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein.
122. Isenburg-Birstein.
123. Kaunitz-Rittberg.
124. Reuß-Plauen-Graiz.
125. Leiningen.
126. Ligne.
127. Loos.
128. Schwäbische Grafen.
129. Wetterauische Grafen.
130. Fränkische Grafen.
131. Westphälische Grafen.

1) Das Direktorium im Reichsfürstenrathe bleibt, wie es vorher war.

2) Die Alternirungen, welche bisher statt hatten, werden auch künftig beobachtet, und die verschiedenen Häuser sowohl, als die Aeste des nämlichen Hauses haben sich über neue Alternirungen zu vergleichen.

3) Durch den Aufruf der Stimmen wird dem höhern oder gleichen Range der Fürsten unter sich gar nicht präjudizirt und die Rechte eines jeden bleiben vorbehalten.

4) Die Stimmen der säkularisirten Fürstenthümer bleiben an ihrer alten Stelle, so daß die zwei Bänke (latera) können beibehalten werden, wenn es das fürstliche Kollegium rathsam findet.

5) Die Fürsten, welche Stimmen, die auf den ehemals geistlichen zur Entschädigung erhaltenen Landen haften, auszuüben haben, erlangen dadurch kein Recht zu einem höhern Range, als sie vorher hatten.

6) Die Fürsten, welche für ihre verlohrnen Stimmen neue erhalten, behalten den Rang ihrer vorigen Stimmen.

7) In Gemäßheit der hier zum Grunde gelegten 10ten Strophe werden nun auch die 9 übrigen Strophen eingerichtet.

§. 33.

Das unbedingte Privilegium de non appellando kommt allen Kurfürsten für alle ihre Besitzungen, desgleichen dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt für seine alten und neuen zu statten, und es wird dem Gesammthause Nassau für seine alten und neuen Besitzungen verwilliget werden.

§. 34.

Alle Güter der Domkapitel und ihrer Dignitarien werden den Domänen der Bischöfe einverleibt, und gehen mit den Bisthümern auf die Fürsten über, denen diese angewiesen sind. In den zwischen mehrere vertheilten Bisthümern werden die, in den einzelnen Theilen befindlichen Güter dieser Art mit denselben vereiniget.

§. 35.

Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster, in den alten sowohl, als in den neuen Besitzungen, katholischer sowohl, als A. C. verwandten, mittelbarer sowohl, als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respektiven Landesherren, sowohl zum Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster, so wie die der Disposition der Landesherren überlassenen gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern und Rechten, Kapitalien und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, sofern oben nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.

§. 37.

Die auf der einen Rheinseite befindlichen Güter und Einkünfte, welche Spitälern, Fabriken, Universitäten, Kollegien und andern frommen Stiftungen, wie auch Gemeinden der andern Rheinseite gehörten, bleiben davon getrennt, und der Disposition der respektiven Regierungen überlassen, d. h. so viel die rechte Rheinseite betrifft, der Regierung derjenigen Orte, wo sie liegen oder erhoben werden. Jedoch sollen die Güter und Einkünfte solcher literarischen Anstalten, die ehemals beiden Rheinseiten gemeinschaftlich waren, und dermalen auf dem rechten Rheinufer fortgesetzt werden, diesen auf der rechten Rheinseite fortdauernden Anstalten verbleiben, in sofern sie nicht in Gebieten entschädigter Fürsten liegen.

§. 38.

Die für ihre Besitzungen jenseits des Rheins entschädigten Reichsstände haben ihre sowohl blos persönlichen, als die von erwähnten Besitzungen herrührenden Schulden auf ihre zur Entschädigung erhaltenen Domänen und Renten zu übernehmen, und von denselben zu tilgen; doch vorbehaltlich der in dem Luneviller Frieden, und in den, von dem französischen Gouvernement mit einzelnen Reichsständen geschlossenen besondern Verträgen, enthaltenen Bestimmungen.

§. 39.

Alle sowohl auf dem rechten als linken Ufer erhobenen Rheinzölle sollen aufgehoben seyn, ohne unter irgend einer Benennung wieder hergestellt werden zu können; jedoch mit Vorbehalt der Eingangsgebühren (droits de douane), und eines Schifffahrtsoktroi, welches nach folgenden Grundlagen genehmiget wird.

Da der Rhein von den Gränzen der batavischen Republik an bis zu den Gränzen der helvetischen Republik ein zwischen der französischen Republik und dem teutschen Reiche gemeinschaftlicher Strom geworden ist, so geschiehet die Errichtung sowohl, als die Anordnung und Erhebung des Schifffahrtsoktroi gemeinschaftlich von Frankreich und dem teutschen Reiche.

Das Reich überträgt, mit Einwilligung des Kaisers, alle seine desfallsigen Rechte völlig und gänzlich dem Kurfürsten Erzkanzler, welcher die Vollmacht des teutschen Reichs hat, mit der französischen Regierung alle allgemeine und besondere Anordnungen in Beziehung auf das Schiffahrtsoktroi abzuschliessen; diese Anordnungen werden durch den Kurfürsten Erzkanzler zur Genehmigung des kurfürstlichen Kollegiums und zur Kenntniß des unter seinem Oberhaupte versammelten Reiches gebracht.

Die Taxe wird dergestalt ausgemittelt, daß sie den Betrag der aufgehobenen Zölle nicht übersteigt. Es wird eine höhere Taxe von der Schifffahrt der Fremden, und von den Schiffen, welche den Rhein heraufgehen, entrichtet, als von der Schifffahrt der französischen oder teutschen Uferbewohner, und von den Schiffen, welche den Rhein hinabgehen.

Die Erhebung derselben wird einer einzigen Behörde anvertraut, und die Erhebungsart so eingerichtet, daß die Schifffahrt so wenig als möglich dabei aufgehalten wird.

Der General-Direktor des Oktroi wird gemeinschaftlich von der französischen Regierung und dem Kurfürsten Erzkanzler ernannt, welche wechselseitig einen Kontrolleur bei jedem Erhebungs-Bureau halten. Die Einnehmer auf dem rechten Ufer werden von dem Kurfürsten Erzkanzler mit Einverständniß der Landesfürsten ernannt. Nichts destoweniger bleiben diese Administrations- und Erhebungsgrundsätze noch dem weitern Uebereinkommen unterworfen, welches über die endliche Einrichtung des Schifffahrtsoktroi selbst zwischen dem französischen Gouvernement und dem Kurfürsten Reichserzkanzler statt haben wird.

Es werden nicht weniger als 5 und nicht mehr als 15 Erhebungs-Bureaux errichtet. Diese Bureaux sind nur in Dienstsachen, ausserdem aber keineswegs von der Gerichtsbarkeit der Landesherren ausgenommen. Sie werden hingegen bedürfenden Falls allen Beistand von Seiten der Landesherren erhalten.

Der Ertrag des Oktroi im Ganzen hat vordersamst die Kosten der Erhebung, der Verwaltung und der Polizei zu bestreiten.

Der Ueberschuß wird in 2 gleiche Theile getheilt, deren jeder vorzüglich zu Unterhaltung der Leinpfade und der zur Schifffahrt erforderlichen Arbeiten auf jedem der respektiven Ufer bestimmt ist.

Der reine Rest, der zum rechten Rheinufer gehörigen Hälfte wird

1) zur Ergänzung der Dotation des Kurfürsten Erzkanzlers, dann für die übrigen in den §§. 9. 14. 17. 19. und 20. gegebenen Anweisungen;

2) zur Bezahlung der in den §§. 7. und 27. subsidiarisch und bedingnißweise angewiesenen Renten, verhypothezirt.

Falls sich ein jährlicher Ueberschuß von Einkünften ergäbe, so wird er zur stufenweisen Ablösung der Lasten dienen, mit welchen das Schifffahrtsoktroi-Recht belegt ist.

Der Kurfürst Erzkanzler wird sich jährlich mit der französischen Regierung und den an das Ufer gränzenden Landesfürsten der rechten Rheinseite über die Unterhaltung der Leinpfade, und die zur Schifffahrt erforderlichen Arbeiten in der Ausdehnung der respektiven Rheingränzen benehmen.

§. 40.

Alle am rechten Rheinufer gelegenen, von den ehemals auf dem linken Ufer bestandenen Lehenhöfen abhängende Lehen gehen in Zukunft unmittelbar von Kaiser und Reich zu Lehen, wenn die Landeshoheit darauf haftet, mit reichsständischer Eigenschaft, im Gegenfall aber von dem Landesherrn, in dessen Staaten sie eingeschlossen sind. Nur die mainzer Lehen, welche Landeshoheit haben, sollen von Aschaffenburg zu Lehen rühren. Den neuen Lehenherren bleibt überlassen, ob sie sich bis zu einem künftigen Lehensfalle einstweilen mit einer bloßen Muthung von den neuen Vasallen begnügen, oder aber auf der wirklichen Lehens-Empfängniß bestehen wollen; jedoch sind im letzteren Falle die Vasallen diesmal mit Taxen und andern Lehensgebühren zu verschonen.

§. 41.

Da die Stimmen der unmittelbaren Reichsgrafen hier oben §. 24. auf die diesseitigen Entschädigungsgebiete übertragen worden sind, so bleibt nur noch die Ausübungsart dieser Stimmen und anderer damit verbundenen Prärogative einer näheren Regulirung vorbehalten.

Wie die geistlichen Stimmen künftig geführt werden, ist ebenfalls hier oben §. 32. versehen.

§. 42.

Die Säkularisation der geschlossenen Frauenklöster kann nur im Einverständniß mit dem Diöcesan-Bischofe geschehen. Die Mannsklöster hingegen sind der Verfügung der Landesherren, oder neuen Besitzer unterworfen, welche sie nach freiem Belieben aufheben, oder beibehalten können. Beiderlei Gattungen können nur mit Einwilligung des Landesherrn oder neuen Besitzers Novizen aufnehmen.

§. 43.

Der Genuß der zur Entschädigung angewiesenen Güter nimmt für die entschädigten Fürsten und Stände, welche nicht im Falle gewesen seyn möchten, vor den Deklarationen der vermittelnden Mächte Civilbesitz zu ergreifen, mit dem 1sten Dec. 1802 seinen Anfang. Der Civilbesitz selbst geht für alle 8 Tage vor jenem Termin an.

Die Rückstände der unter der Disposition der Nutznieser gestandenen Fonds bis zum Zeitpunkte des neuen Genusses, gehören den alten Besitzern, ohne jedoch hierdurch andern Verabredungen zwischen den interessirten Theilen vorzugreifen.

§. 44.

Alle seit dem 24sten Aug. 1802 in den Entschädigungslanden und Gebieten vorgenommenen Veräusserungen, welche nicht als Folgen der gewöhnlichen Verwaltung anzusehen sind, werden hiermit für ungültig erklärt.

§. 45.

Obige Verfügungen vernichten alle Ansprüche auf die durch den Frieden von Luneville an die französische Republik abgetretenen Länder; jedoch verstehet sich von selbsten, daß Familien-Successionsrechte von jenseits rheinischen und ausgetauschten Besitzungen auf die Entschädigungs- und eingetauschten Objekte als Surrogate übergehen. Ferner sind diejenigen Ansprüche als vernichtet zu betrachten, welche an die für auf der linken Rheinseite verlohrne Besitzungen, auf der rechten Rheinseite gegebenen Entschädigungslande gemacht werden könnten, sofern sie nicht innerhalb eines Jahres vom 1sten Dez. 1802 an zu rechnen, vorgebracht, und gütlich, oder gerichtlich erledigt seyn werden. Sollte aber im Mangel gerichtlicher Entscheidung oder in Verweigerung eines billigen Vergleichs der Grund liegen, warum ein wirklich vorgebrachter Anspruch nicht in dem Lauf des gedachten Jahres erledigt worden ist; so wird derselbe innerhalb eines zweiten Jahres durch Austrägal-Richter ohne Appellation entschieden werden.

Da der Kurfürst Erzkanzler ex jure novo dotirt wird, so muß, um diese Ausstattung zu sichern, der etwa aus einem Anspruche gegen denselben herrührende Revenuenverlust durch Verleihung heimfallender kaiserlicher und Reichslehen vergütet werden.

§. 46.

Alle Tauschverträge, Länder-Purifikationen und andere Vergleiche aller Art, welche von den Fürsten, Ständen und Gliedern des Reichs unter sich innerhalb eines Jahres geschlossen werden, sollen eben sowohl volle Kraft haben, und vollzogen werden, als wenn sie gegenwärtigem Hauptschlusse wörtlich einverleibt wären.

§. 47.

In Ansehung der Verhältnisse der aus dem Besitz tretenden Regenten und Besitzer, auch der davon abhängenden Geistlichkeit, so wie ihrer bisherigen Dienerschaft, in dem Hof- Civil- und Militärfache, und in Ansehung der besondern Ver-

bindlichkeiten der entschädigten Fürsten und Stände, welche sich auf den anständigen Unterhalt der gedachten Regenten und übrigen Individuen, auf die Verfassungen der Lande, und die Uebernehmung der Schulden, auch insbesondere auf die Entrichtung der Kammerzieler beziehen, und welche mit dem Eintritt in den wirklichen Genuß der Entschädigungsländer und Gebiete ihren Anfang nehmen, soll es nach den in den folgenden §§. enthaltenen Vorschriften gehalten werden.

§. 48.

Allen abtretenden Regenten bleibt ihre persönliche Würde mit dem davon abhängenden Range und dem Fortgenusse ihrer persönlichen Unmittelbarkeit.

§. 49.

Die Herren Fürstbischöfe und gefürsteten Aebte oder Pröbste behalten zugleich die Gerichtsbarkeit über ihre Dienerschaft dergestalt, daß sie in bürgerlichen Rechtssachen, mit jedesmaligem Vorwissen der obern Landesbehörde, für solche Sachen in erster Instanz das Landesgericht, wo solche zu verhandeln, zu wählen, in peinlichen Fällen aber die erste Kognition zu nehmen haben, wo sodann die gedachten bürgerlichen Sachen in weiterer Instanz an die landesherrlichen Appellationsgerichte zu bringen sind: in peinlichen Fällen hingegen, wenn sich die Peinlichkeit ergiebt, der Verbrecher an die peinlichen Gerichte des Landes auszuliefern ist. Uebrigens haben sich sämmtliche Diener eines solchen Fürsten den bestehenden und ergehenden landesherrlichen Gesetzen und sonderlich den Polizeianordnungen zu fügen.

§. 50.

Den sämmtlichen abtretenden geistlichen Regenten ist nach ihren verschiedenen Graden auf Lebenslang eine ihrem Range und Stande angemessene freie Wohnung mit Meublement und Tafelservice, auch den Fürstbischöfen und Fürstäbten des ersten Ranges ein Sommeraufenthalt anzuweisen, wobei sich von selbst versteht, daß dasjenige, was ihnen an Meubeln eigenthümlich zugehört, ihnen gänzlich überlassen bleibe, das aber, was dem Staate zugehört, nach ihrem Tode diesem zurück falle.

§. 51.

Die Sustentation der geistlichen Regenten, deren Lande ganz oder doch größtentheils mit den Residenzstädten an weltliche Regenten übergehen, kann, da ihr Einkommen sehr verschieden ist, nur nach Verhältniß desselben regulirt, mithin allenthalben nur ein minimum und ein maximum bestimmt werden.

In dieser Hinsicht wird

a) Für Fürstbischöfe das minimum auf 2,000, und das maximum auf 6,000 Gulden;

Für den Herrn Bischof zu Wirzburg, als Koadjutor zu Bamberg, noch weiter die Hälfte dieses Maximums;

b) Für Fürstäbte und Pröbste des ersten Ranges das minimum der Fürstbischöfe; für alle anderen Fürstäbte das minimum auf 6,000, das maximum auf 12,000; für gefürstete Aebtissinnen aber das minimum auf 3,000, das maximum auf 6,000 Gulden;

c) Für Reichsprälaten und Aebtissinnen, auch

d) unmittelbare Aebte das minimum auf 2,000, das maximum auf 8,000 Gulden

bestimmt. Bei allen diesen Bestimmungen wird jedoch der Großmuth der künftigen Landesherren kein Ziel gesetzt; vielmehr bleibt jedem, was er durch besondere Verhältnisse und Rücksichten weiter zu bewilligen sich veranlaßt findet, unbenommen. Wie nun hiernach die Regulirung zur Zufriedenheit der abtretenden Regenten wirklich geschehen sey, oder bei aufzuhebenden Prälaturen künftig gemacht werden wolle, darüber gewärtiget die Reichsdeputation von den neuen weltlichen Regenten spätestens binnen vier Wochen eine verläßige Anzeige, damit alsdann, falls wider Vermuthen ein und anderer Bestimmung wegen, bei der Anwendung obiger Regeln ein Anstand sich noch äussern sollte, die Deputation darüber erkennen möge.

§. 52.

Die Weihbischöfe, in so ferne sie Präbenden haben, die Domkapitularen, Dignitarien, auch Kanonici der Ritterstifter, auch adeliche Stiftsdamen behalten den lebenslänglichen Genuß ihrer Kapitelwohnungen. Ihnen, oder ihren Erben sind die auf den Ankauf oder Optirung ihrer Häuser gemachten Auslagen, falls der Landesherr solche nach ihrem Tode an sich ziehen will, zu vergüten; auch ausser dem, an Orten, wo sie ein Privateigenthum ihrer Wohnung hergebracht haben, wird ihnen dieses vorbehalten.

§. 53.

Zu ihrer Sustentation aber sind den Domkapitularen, Dignitarien und Kanonicis der Ritterstifter neun Zehntel ihrer ganzen bisherigen Einkünfte, und zwar jedem einzelnen, was er bisher genossen hat, zu belassen. Auf gleiche

Weise sind die Vikarien bei ihren Wohnungen, und da sie meist gering stehen, bei ihrem ganzen bisherigen Einkommen, bis sie etwa auf andere geistliche Stellen versorgt werden, zu belassen, wogegen sie ihren Kirchendienst einstweilen fortzuversehen haben.

Die Domizellaren da, wo sie wirklich schon einigen Genuß ihrer Präbenden bezogen haben, werden in der Quote ihrer Sustentation den Kapitularen gleich gehalten, und rücken hiernächst, falls sich der Landesherr nicht in anderm Wege mit ihnen abfindet, in die vazirend werdenden Kapitelpfründen.

§. 54.

Kapitularen und Domizellaren der Dom- Ritter- und Mediatstifter, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifter, entweder erst nach dem Ablaufe der Karenzjahre, oder nach eintretenden andern Verhältnissen zum Genusse kommen, sobald sie nur in dem wirklichen Besitze ihrer Präbenden sind, haben ganz gleiche Rechte als diejenigen, welche sich wirklich schon im Genuß ihrer Präbenden befinden.

§. 55.

Die Stiftsfrauen und Fräulein bleiben in so lange bei ihrem bisherigen Genusse, als es dem neuen Landesherrn nicht räthlicher scheint, sie gegen eine zu ihrer Zufriedenheit zu regulierende Abfindung aufzuheben.

§. 56.

Für die kapitularischen geist- und weltlichen Dienerschaften gelten die nämlichen Dispositionen, welche hiernach wegen der eigenen fürstlichen Dienerschaften folgen.

§. 57.

Die Konventualen fürstlicher auch Reichs- und unmittelbarer Abteien sind auf eine ihrer bisherigen Lebensweise angemessene anständige Art in ein oder der andern Kommunität ferner zu unterhalten, oder denen, welche mit landesherrlicher Verwilligung austreten, bis zu anderweiter Versorgung eine Pension von 300 bis 600 Gulden nach dem Vermögen ihrer Stiftung zu verabreichen. Für die Laienbrüder ist auf ähnliche Art zu sorgen; Novizen, welche durch Gelübde noch nicht gebunden, können von den Landesherren mit einer dreijährigen verhältnißmäßigen Pension entlassen werden.

§. 58.

Kaiserliche Prezisten, welche ihre Prezes den Stiftern bereits präsentirt, und den schon eingetretenen Einrückungsfall nicht etwa haben vorbeigehen lassen,

erhalten bei den künftigen Erledigungsfällen eine verhältnißmäßige Pension; und eben dieses gilt auch von denjenigen Panisten, welche auf ihre Laienpfründen ein schon erworbenes anerkanntes Recht haben.

§. 59.

In Ansehung der sämmtlichen bisherigen geistlichen Regenten, auch Reichsstädte und unmittelbaren Körperschaften, Hof- geistlichen und weltlichen Dienerschaft, Militär und Pensionisten, in so ferne der abgehende Regent solche nicht in seinem persönlichen Dienste behält, so wie der Kreisdiener, da wo mit den Kreisen eine Veränderung vorgehen sollte, wird diesen allen der unabgekürzte lebenslängliche Fortgenuß ihres bisherigen Rangs, ganzen Gehalts, und rechtmäßiger Emolumente, oder wo diese wegfallen, eine dafür zu regulierende Vergütung unter der Bedingniß gelassen, daß sie sich dafür nach Gutfinden des neuen Landesherrn, und nach Maasgabe ihrer Talente und Kenntnisse, auch an einem andern Orte, und in andern Dienstverhältnissen gebrauchen und anstellen lassen müssen; jedoch ist solchen Dienern, welche in einer Provinz ansässig sind, und in eine andere gegen ihren Willen übersetzt werden sollen, freizustellen, ob sie nicht lieber in Pension gesetzt werden wollen.

In diesem letztern Falle ist einem 15jährigen Diener sein voller Gehalt mit Emolumenten, einem 10jährigen ⅔, und denen, die noch nicht volle zehen Jahre dienten, die Hälfte als Pension zu belassen. Den wirklichen Pensionisten sind, Falls nicht etwa neuerlich hier und da Mißbräuche untergelaufen wären, ihre Pensionen fort zu bezahlen.

Sollte der neue Landesherr einen oder den andern Diener gar nicht in Diensten zu behalten gedenken, so verbleibt demselben seine genossene Besoldung lebenslänglich. Sollten hingegen seit dem 24sten August 1802 neue Pensionen oder Besoldungserhöhungen verwilligt, oder ganz neue Besoldungen gemacht worden seyn, so bleibt es billig dem neuen Landesherrn überlassen, ob er solche Verwilligungen den Grundsätzen der Billigkeit und einer guten Staatsverwaltung angemessen findet.

§. 60.

Die dermalige politische Verfassung der zu säkularisirenden Lande, in so weit solche auf gültigen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andern reichsgesetzlichen Normen ruht, soll ungestört erhalten, jedoch in demjenigen, was zur Civil- und Militäradministration, und deren Verbesserung und Vereinfachung gehört, dem neuen Landesherrn freie Hand gelassen werden.

§. 61.

Die Regalien, bischöflichen Domainen, domkapitelischen Besitzungen, und Einkünfte fallen dem neuen Landesherrn zu.

§. 62.

Die erz- und bischöflichen Diöcesen aber verbleiben in ihrem bisherigen Zustande, bis eine andere Diöcesan-Einrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen seyn wird, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domkapitel abhängt.

§. 63.

Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt seyn; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuß ihres eigenthümlichen Kirchenguts, auch Schulfonds nach der Vorschrift des westphälischen Friedens ungestört verbleiben; dem Landesherrn steht jedoch frei, andere Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den vollen Genuß bürgerlicher Rechte zu gestatten.

§. 64.

Mit den Mediatstiftern, Abteien und Klöstern in den zu säkularisirenden Landen ist es ganz auf den nämlichen Fuß, wie hier oben von den unmittelbaren angeordnet werden, zu halten. Es behalten nämlich die Kanonici der Mediatstifter, welche aufgehoben werden, nebst ihren Wohnungen $\frac{9}{10}$ ihres bisherigen Einkommens, die Vikarien aber das Ganze, die Domizellaren $\frac{9}{10}$ dessen, was sie etwa wirklich bisher schon bezogen haben, und rücken den Kapitularen nach. Solche Kanonici jedoch, die überhaupt keine 800 Gulden beziehen, sind, wie die Vikarien, bei ihrem ganzen Einkommen zu belassen. Aebte, deren Unmittelbarkeit bisher streitig- oder welche unstreitig mittelbar gewesen sind, erhalten verhältnißmäßig nach dem Vermögen ihrer Abtei 2,000 bis 8,000 Gulden Pension; ihre und andere Klosterkonventualen 300 bis 600 Gulden. Mit den Laienbrüdern und Novizen wird es auf gleiche Art, wie von denselben hier oben bei unmittelbaren Stiftern erwähnt worden, gehalten. Von den Dienerschaften aller solchen Korporationen gilt alles das Nämliche, was schon überhaupt wegen der Dienerschaften festgesetzt worden.

§. 65.

Fromme und milde Stiftungen sind, wie jedes Privateigenthum zu konserviren, doch so, daß sie der landesherrlichen Aufsicht und Leitung untergeben bleiben.

§. 66.

Um nun auch den Unterhalt dieser großen Menge höherer, und anderer unschuldigen Personen auf möglichste Art sicher zu stellen, haben die neuen Landesherren alle solche Sustentationsgelder auf ihre nächsten Rezepturen anzuweisen, und als solche, welche das privilegirteste Unterpfand auf die Landeseinkünfte haben, jederzeit vierteljährig in guten Münzsorten nach dem 24 Gulden Fuß unverzüglich abführen zu lassen, daher auch ihren Gerichten keine Arrestsanlegungen auf diese Alimentationsgelder zu gestatten.

§. 67.

Die Kreisdirektorien haben über den Vollzug alles dessen zu halten, und auf das erste Anrufen der Pensionisten, ohne Gestattung eines Termins oder einer Einrede, sogleich gegen die Zahlungsbehörde, welche sich mit der Quittung über die geschehene Zahlung nicht ausweisen kann, die bereiteste Exekution zu erkennen und zu vollziehen; bei eintretender weiterer Zahlungsgefahr aber die Revenuen, so weit sie zu diesem Zwecke nöthig, in unmittelbare Administration zu nehmen.

§. 68.

Bei denjenigen geistlichen Ländern, welche nicht ganz oder größtentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen und meisten Lande diesseits Rheins haben, sind sowohl in Ansehung der standesmäßigen Unterhaltung der unter der gegenwärtigen Veränderung leidenden Personen, als wegen der Sicherstellung der Dienerschaften des Landes, auch kirchlichen, religiösen Verfassung, und dergleichen, alle diejenigen Grundsätze in Anwendung zu bringen, welche hier oben schon festgesetzt worden. Nur erfordert die Vertheilung der Sustentationssumme, und der Fonds, worauf solche gegründet werden, in diesen Landen nothwendig nähere Bestimmung. Diesemnach fallen die auf einzelnen Theilen insbesondere ruhenden Lasten, z. B. die Unterhaltung eines mittelbaren Klosters, die Uebernahme der Beamten und Diener eines einzelnen Amtes, und dergleichen mehr, denjenigen neuen Herren allein zur Last, die solche erhalten; sonderlich kann die Erhaltung des domkapitelischen Personals, und der Individuen aller geistlich- und weltlichen Korporationen, die ihre eignen Fonds gehabt haben, bei einem vertheilten geistlichen Lande nicht in die ganze Masse geworfen werden, sondern nur denjenigen, welche die Gefälle und Güter solcher Dom-

kapitel und Korporationen bekommen, zufallen, und unter diesen verhältnißmäßig vertheilt werden.

Zur Vertheilung unter sämmtliche neue Theilhaber eines solchen Landes bleiben also nur die auf das Ganze sich beziehenden Lasten übrig, wohin denn vorzüglich die Sustentationssumme des von der Regierung abtretenden geistlichen Landesherrn gehört. Sämmtliche Theilhaber haben sich hierüber alsbald unter sich zu verstehen; sollte jedoch desfalls keine gütliche Uebereinkunft binnen vier Wochen zu Stande kommen, so haben die Kreisausschreib-Aemter, und in dem kur- und oberrheinischen Kreise, wo der Fall der Theilung vorzüglich eintritt, Kurmainz und Hessen-Kassel gemeinsam diese Gegenstände zu erörtern, und die erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

§. 69.

Bei denjenigen Landen, wo die geistlichen Regenten ihre Residenzstädte auf der linken Rheinseite mit den dortigen Landen verlohren, doch auch noch beträchtliche Besitzungen diesseits Rheins behalten haben, kommen vorzüglich Se. kurfürstl. Durchlaucht zu Trier, als Kurfürst des Reichs, auch Dero Domkapitel und Dienerschaften in Betrachtung. Da die übrigen diesseits rheinischen kurfürstlichen Lande und ihre Einkünfte bei weitem nicht hinreichen, alle diese Sustentationen zu bestreiten, zumal dem Domkapitel zu Trier auf dieser Seite kein eigener Fonds geblieben, so wird der Unterhalt Sr. kurfürstl. Durchlaucht auf 100,000 Gulden bestimmt. Das kurfürstliche Kollegium, einschlüssig der neu einzuführenden Herren Kurfürsten, ist ersucht, diese Summe zu übernehmen, dem Herrn Kurfürsten von Trier solche jährlich in zu bestimmenden Terminen zu entrichten, und zur Berichtigung dieses Gegenstandes einen eigenen Schluß im kurfürstlichen Kollegium zu fassen; dann wird festgesetzt, daß die Stadt Augsburg dem Herrn Kurfürsten von Trier ihr bischöfliches Schloß, und die für ihre Dienerschaft nöthigen Gebäude in ihrem gegenwärtigen meublirten Zustande nebst den bisher gehabten Immunitäten, in ihrem ganzen Umfange lebenslänglich ungestört zu belassen habe.

§. 70.

Die neuen Besitzer der Reste der kurtrierischen Lande haben, da sie mit diesem Unterhalte ganz verschont bleiben, einen verhältnißmäßig größern Antheil des trierischen Domkapitels und der trierischen Dienerschaft zu übernehmen;

die billige Ermäßigung und Bestimmung dieses Pensionen-Antheils wird Kurmainz und Hessen-Kassel aufgetragen.

§. 71.

Die Bestimmung der Unterhaltung des Domkapitels zu Kölln ist eben so, wie jene des Domkapitels zu Trier, nicht blos nach den diesseitigen Besitzungen und Einkünften des Domkapitels selbst abzumessen, sondern auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß die neuen Besitzer aus den Einkünften der ihnen zufallenden Lande keinen Regenten zu erhalten haben. Es haben daher die vorbenannten Kommissarien unter diesen Rücksichten auch dem Domkapitel zu Kölln den billigmäßigen Unterhalt auszumitteln.

§. 72.

Auf alle übrige, zu den Landen letztgedachter Art gehörige geistliche Regenten, Domkapitel, Dienerschaften, Mediatstifter, Klöster, Stiftungen, geist- und weltliche Körperschaften, Landes- und kirchliche Verfassungen ist zwar alles dasjenige ebenfalls anwendbar, was in Ansehung solcher geistlichen Lande, welche ganz, oder doch größtentheils mit den Residenzstädten der bisherigen geistlichen Regenten an einen weltlichen Regenten übergehen, oder welche nicht ganz oder größtentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen und meisten Lande diesseits Rheins haben, festgesetzt worden; es versteht sich jedoch von selbst, daß der Unterhalt aller zu dieser Klasse gehörigen Personen, in so ferne ihre Fonds nicht ganz auf dieser rechten Rheinseite liegen, nicht so beträchtlich, als bei den eben benannten, ausfallen könne, sondern daß solcher vorzüglich nach den ihnen auf dieser Seite noch zustehenden Einkünften zu bemessen sey. Es kann daher auch bei solchen Domkapiteln und Stiftern der Unterhalt nicht durchgängig auf neun Zehntel ihrer vormaligen Einkünfte festgesetzt werden.

§. 73.

Die Dienerschaften, welche nicht lokal und in den diesseitigen Aemtern angestellt sind, können nur nach dem Verhältnisse, worin die diesseits rheinischen Reste der Lande zum ganzen Lande stehen, von den neuen Besitzern einige Unterstützung gewärtigen, es sey dann, daß solche, wie in specie die diesseits angestellte kurköllnische Dienerschaft, auf die rechte Rheinseite zur Administration der diesseitigen Lande von ihrem Landesherrn ausdrücklich beordert worden, in welchem Falle ihnen ihre ganzen Gehalte ohne Anstand fortzubezahlen sind.

§. 74.

Ueberhaupt ist diese Fürsorge nur auf diejenigen Kapitularen und Diener einzuschränken, welche ihren Regenten auf die rechte Rheinseite gefolgt, und auch inzwischen ihren Wohnsitz nicht jenseits aufgeschlagen haben, welcher Grundsatz allgemein anzuwenden ist. Es sind jedoch diejenigen Domherren, welche jenseits bei ihren Domkirchen geblieben sind, den herübergegangenen gleich zu halten, falls sie sich künftig diesseits niederlassen werden.

§. 75.

Für diejenigen geistlichen Regenten mit ihren Domkapiteln und Dienerschaften, denen auf dieser Rheinseite, wie z. B. dem Herrn Fürstbischofe zu Basel, sehr wenig an Landen und Einkünften übrig bleibt, oder welche jenseits, wie z. B. der Herr Fürstbischof zu Lüttich, Alles verlohren haben, ist nöthig einen besonderen Fonds zu bestimmen, woraus ihr billiger Unterhalt hergenommen wird. Diesemnach wird die Sustentation des Herrn Fürstbischofs von Lüttich, dessen Lage einzig ist, auf 20,000 Gulden festgesetzt. Diejenigen Fürstbischöfe, die im Besitze zweier oder mehrerer Bisthümer waren, geben zu Aufbringung dieser Summe den zehnten Theil der Pension eines ihrer Bisthümer ab; eben so werden sie für den Herrn Fürstbischof von Basel den 20sten Theil der Revenuen eines ihrer Bisthümer abgeben, um für ihn die Hälfte des Minimums, nämlich 10,000 Gulden aufzubringen, indem ihm nur einige Parzellen seines Landes auf dem rechten Rheinufer geblieben sind. Im Falle nun einer der Fürstbischöfe, die ein Zehntel und Zwanzigtel eines ihres Deputats an die Fürstbischöfe von Lüttich und Basel abgeben, früher als oben gedachte Fürstbischöfe versterben würde, so behält der Landesherr, dem eine solche Pension zurückfällt, die Verbindlichkeit, das Zehntel und Zwanzigtel an gedachte Herren Fürstbischöfe von Basel und Lüttich fortzuentrichten. Ferner werden die beiden Herren Fürstbischöfe von Basel und Lüttich zu den ersten offen werdenden bischöflichen Sitzen empfohlen; jedoch bleibt es der Willkühr der beiden gedachten Herren Fürsten überlassen, Bisthümer zu übernehmen oder nicht, ohne in einem oder dem andern Falle ihre ohnehin auf das Minimum gesetzten Sustentationsgelder an den Einkünften des Bisthums aufgerechnet zu erhalten.

Die beiden bemerkten Summen von 20,000 und 10,000 Gulden werden nach folgender Austheilung von den Fürstbischöfen entrichtet.

Der Herr Kurfürst von Trier geben von ihrer Pension von 60,000 Gulden als Bischof von Augsburg: an den Bischof von Basel 3,000, an jenen von Lüttich 6,000 Gulden; ferner als Probst von Ellwangen von der Pension von 20,000 Gulden:

an Basel 1,000, an Lüttich 2,000 Gulden.

Der Herr Bischof von Wirzburg wegen der Koadjutorie von Bamberg à 30,000 Gulden:

an Basel 1,500, an Lüttich 3,000 Gulden.

Der Herr Bischof von Hildesheim und Paderborn erhält für beide Sitze 50,000 preussische Thaler oder 80,000 Gulden, giebt also von dar Hälfte ab:

an Basel 2,000, an Lüttich 4,000 Gulden.

Der Herr Bischof von Regensburg von seiner Pension von Freisingen à 20,000 Gulden:

an Basel 1,000, an Lüttich 2,000 Gulden.

Ebenderselbe wegen der Probstei Bergtolsgaden à 20,000 Gulden:

an Basel 1,000, an Lüttich 2,000 Gulden.

Der Herr Kurfürst Erzkanzler als Fürstbischof von Konstanz und Worms à 10,000 Gulden:

an Basel 500, an Lüttich 1,000 Gulden.

Betreffend hingegen die Domkapitel und Dienerschaften, welche aus den diesseits rheinischen Gütern und Einkünften von den neuen Landesherren ihren nöthigen Unterhalt nicht erhalten können, als jene von Kölln, Trier, Worms, Lüttich, Basel, Speier, Straßburg und andere, welche sich in ähnlichen Falle befinden; so soll für sie eine eigne Kasse dadurch errichtet oerden, daß jenen Domherren, welche mehr als eine Präbende hatten, zwei Zehntheile ihrer neun Zehntheile, welche sie von diesen Präbenden zu beziehen haben, eingehalten, und diese Kasse dem Kurfürsten Reichserzkanzler untergebn werde, um hiervon nach einem gerechten Maasstabe die Austheilung dergestelten zu machen, damit nach den Kräften der Kasse ihr Zweck erreicht werde. Nichts destoweniger haben diejenigen Landesherren, welchen die Ueberreste solcher Lande, auch der Einkünfte der Domkapitel und andrer Korporationen zufallen, nach deren Verhältniß für den Unterhalt der leidenden Interessenten zu sorgen.

§. 76.

In Ansehung derjenigen Geistlichen und Diener endlich, deren Körperschaften jenseits auf der linken Rheinseite aufgehoben worden, welche jedoch noch mehr oder weniger Güter auf dieser rechten Rheinseite haben, die künftig der Disposition der respektiven Landesherren überlassen sind, versteht sich von selbst, daß diese Landesherren, so weit diese Einkünfte reichen, den Unterhalt derjenigen Personen, welche als diesseits gebohrne von dem französischen Gouvernement zu dem Unterhalt ohne Pension auf diese Seite verwiesen worden, oder welche eben dieser Einkünfte und ihrer Administration wegen, um davon ihren Unterhalt zu ziehen, schon während des Kriegs auf dieser Rheinseite ihre Wohnungen genommen, auch diese Einkünfte bisher wirklich genossen haben, eben so, wie alle andere neue Landesherren, diesen Unterhalt zu übernehmen, und zu diesem Ende diesen unglücklichen Individuen ihre Einkünfte, worauf ihnen ein gegründetes Recht zustehet, lebenslänglich zu belassen, und über solche nur nach deren Tode anderweit zu disponiren haben.

§. 77.

Da auch wegen der, auf den Entschädigungslanden haftenden Schulden zur Beruhigung so vieler Gläubiger Vorsehung geschehen muß: so versteht sich zuvörderst von selbst, daß bei solchen Landen, welche ganz von einem geistlichen Regenten auf einen weltlichen übergehen, letzterer alle sowohl Kameral- als Landesschulden eines solchen Landes mitzuübernehmen, mithin solche respektive aus seinen neuen Kammer-Einkünften und Steuern eben so zu verzinsen und abzuführen habe, wie es der geistliche Regent würde haben thun müssen.

§. 78.

Bei solchen geistlichen Landen hingegen, welche unter Mehrere vertheilt werden, kann sich zwar der Gläubiger, wenn ihm ein Spezial-Unterpfand verschrieben ist, an dieses Spezial-Unterpfand allerdings dergestalt halten, daß diejenigen Theilhaber eines solchen Landes, welche die Spezialhypothek besitzen, ihm einstweilen die Zinsen fort entrichten müssen; es sind aber hiernächst diese Schulden eben so wie diejenigen, welche nur eine Generalhypothek, oder auch nur versionem in rem für sich, oder endlich die ihre bisher gehabte Spezialhypothek, z. B. die Zölle, verlohren haben, als allgemeine Landesschulden unter sämmtlichen Theilhabern eines solchen Landes in verhältnißmäßige Theile, und

zwar die Kammerschulden nach dem Domainen-Ertrage, die Landesschulden aber nach dem Steuerkapitale zu vertheilen.

§. 79.

Damit jedoch die Gläubiger bis zu dieser Austheilung nicht auf ihre Zinsen warten müssen; so hat von solchen Kapitalien, denen es an einer Spezialhypothek fehlt, der Inhaber des Hauptorts oder des größern Theils des Landes einstweilen bis zur Abrechnung, diese Zinsen zu berichtigen; es wäre dann, daß sich die Theilhaber da, wo die Theile nicht merklich verschieden sind, wenigstens der Verzinsung solcher Kapitalien wegen, einstweilen unter sich verstünden.

§. 80.

Lägen hingegen die geistlichen Lande, von deren Schulden die Frage ist, zum Theil auf der linken Rheinseite; so sind diejenigen Landesschulden, die ihre Spezialhypothek auf der linken Rheinseite haben, oder die sonst nach dem Luneviller Frieden geeignet sind, auf die französische Republik überzugehen, von der zu vertheilenden Schuldenmasse eines solchen Landes voraus abzuziehen.

§. 81.

Sollten aber etwa irgendwo noch nach dem 24sten August 1802 neue Schulden kontrahirt worden seyn; so hängt deren Zahlung davon ab, ob wirklich der Nutzen oder das Bedürfniß des Staats solche Geldaufnahmen noch erfordert habe.

§. 82.

Was sodann die Schulden ganzer Kreise, und zwar zuerst solcher, welche, wie der fränkische und schwäbische, ganz auf der rechten Rheinseite liegen, betrifft; so bleiben alle diejenigen Länder, welche bisher zu diesen Kreisen gehört haben, für solche Schulden verhaftet. Werden aber einzelne geistliche Kreislande unter mehrere weltliche Herren vertheilt; so muß ohnehin jedem Theile eines solchen Landes seine rata matricularis an Reichs- und Kreisprästanden bald thunlichst regulirt werden; nach welchem Maasstabe alsdann auch die neuen Besitzer zu Abtrag- und Verzinsung der Kreiskapitalien zu konkurriren haben. Bis aber diese Repartition wirklich geschehen ist, kann der Beitrag von solchen getheilten Ländern zu allen Kreisprästanden, mithin auch zu Verzinsung der

Kapitalschulden nicht anders geschehen, als auf die nämliche Art, wie so eben in Betreff der Landesschulden getheilter Lande erwähnt worden ist.

§. 83.

In Ansehung derjenigen Schulden aber endlich, welche die auf beiden Rheinseiten gelegenen kur- und oberrheinischen Kreise, und zwar Kurrhein unmittelbar vor dem Kriege, Oberrhein aber erst während, und zu dem Kriege kontrahirt haben; so sind nach allen vorwaltenden Verhältnissen die Gläubiger dieser kur- und oberrheinischen Kreise wegen dieser ihrer Kapitalien und Zinsen sich an den diesseits rheinischen Landen der beiden Kreise zu halten allerdings befugt. Die Herren der diesseits rheinischen Lande, welche zu einem dieser Kreise gehören, haben sich über die Verzinsung und Abführung dieser Kapitalien zu verstehen. Vor allem sind zu diesem Ende bei Oberrhein zu den dort eingeführten General- und Spezialkassen die exigibeln Ausstände, in so fern keine rechtliche Entschuldigung obwaltet, beizutreiben, sodann zur Zinsen- und Kapitalien-Zahlung zu verwenden; das weiter Erforderliche aber ist durch gewöhnliche Kreisrömermonate von den zu diesem Kreise noch gehörigen Landen beizubringen.

§. 84.

In so fern hingegen der matrikularmäßige Antheil der jenseits Rheins gelegenen Kreislande an diesen Schulden von der französischen Republik nicht unter die Kathegorie der von derselben zu übernehmenden Schulden gerechnet wird; so ist der Antheil der jenseits Rheins gelegenen weltlichen Kreislande an den Kreisschulden denjenigen Landesschulden beizuzählen, welche von den entschädigten Reichsständen ohne Belastung ihrer neuen Unterthanen zu übernehmen sind; und nur der Antheil der geistlichen Kreislande an den Kreisschulden fällt ohne Uebertragung hinweg, und vermehrt die Schuldenmasse der diesseits Rheins übrigen Kreisgebiete, weil für dieselben keine Entschädigung gegeben wird.

§. 85.

Die Vollziehung dieser Beschlüsse haben sich die kreisausschreibenden Herren Fürsten, und am kur- und oberrheinischen Kreise Kurmainz und Hessen-Kassel gemeinsam angelegen seyn zu lassen.

Würden jedoch, sowohl bei Austheilung dieser Schulden, als des zu regulirenden Unterhalts für die Geistlichkeit, Fälle eintreten, wo wegen Kollision

der Interessen, und aus Mangel gütlicher Uebereinkunft die Beiziehung eines dritten Fürsten nothwendig werde; so haben sich die kreisausschreibenden Herren Fürsten oder Kommissarien einen Obmann selbst zu erbitten.

§. 86.

Obgleich nun auch sich von selbst versteht, daß die den Ständen des Reichs als Entschädigung zufallenden Reichslande, die bisher von solchen Landen entrichteten Kreis- und Reichssteuern, insbesondere die der Unterhaltung des kaiserl. Reichskammergerichts gewidmeten Beiträge, oder Kammerzieler, ferner zu zahlen schuldig seyen: so findet man jedoch bei den vorgehenden Besitzveränderungen, und sonderlich bei der Verstücklung mehrerer Reichslande, zu mehrerer Sicherstellung des kammergerichtlichen Unterhalts nöthig, nach dem Sinne der älteren Reichsgesetze, insbesondere des §. 16. des j. R. A. festzusetzen,

daß 1) alle erblichen Reichsstände von den ihnen als Entschädigung zufallenden geistlichen reichsunmittelbaren Landen, auch Reichsstädten, die davon bisher bezahlten Kammerzieler fortzubezahlen haben. Sodann

§. 87.

daß 2) eben diese Verbindlichkeit denjenigen Reichsständen obliegt, welchen abgerissene Lande von jenseits rheinischen Hauptlanden, oder nur Theile diesseits rheinischer Entschädigungslande zufallen, dergestalt, daß der künftige Besitzer abgerissener Lande von jenseits rheinischen Hauptlanden die ratam, welche ein solches abgerissenes Land, zum jenseitigen Hauptlande beigetragen hatte; von mehrern Theilhabern aber eines zertheilten Reichslandes der künftige Besitzer des größern Theils eines solchen Landes, oder dessen Hauptorts, den ganzen Kammerzielerbeitrag, salvo regressu gegen die übrigen Theilhaber, einstweilen abzuführen habe; es wäre dann, daß dieser mit den Inhabern der kleinern Landesantheile über ihre Konkurrenz binnen 2 Monaten sich verglichen, und diese getroffene Uebereinkunft dem kaiserlichen Reichskammergerichte angezeigt haben würde. Endlich

§. 88.

daß 3) wo ein Land in mehrere kleine Parzellen zerfällt, die Kammerzieler, welche auf dem Ganzen bisher gehaftet, unter die einzelnen Theilhaber

einstweilen ex aequo et bono von den kreisausschreibenden Herren Fürsten, im kur- und oberrheinischen Kreise aber von Kurmainz und Hessen-Kassel, bis zur künftigen Rektifikation der Kammermatrikel, auf den Fall zu vertheilen sind, wenn solche Theilhaber sich desfalls nicht unter sich selbst binnen den vorgedachten 2 Monaten gütlich verglichen, und hievon das kaiserl. Reichskammergericht benachrichtigt hätten.

§. 89.

Schließlich wird Kaiserl. Majestät und dem Reiche anheim gestellt, den über das Sustentationswesen dieses Reichsgerichts von demselben erstatteten Hauptbericht baldthunlichst zu erledigen, und dessen künftige Verhältnisse bei der Abnahme seines Sustentationsfonds und den eintretenden Veränderungen gesetzlich zu bestimmen.

Signatum Regensburg den 25sten Februar 1803.

(L.S.)

Kurfürstlich = Mainzische Kanzlei.

Expédition du Texte original en langue françoise finalement convenu entre les Ministres des Puissances médiatrices et la Députation extraordinaire de l'Empire pour entrer en langue allemande dans l'acte définitif de la Députation.

La répartition et le règlement définitif des indemnités a lieu ainsi qu'il suit:

§. 1.

A. S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, Archiduc d'Autriche, pour la cession du baillage d'Ortenau: les Evêchés de Trente et de Brixen avec tous leurs biens, revenus, propriétés, droits et prérogatives sans aucune exception quelconque, et les Chapitres, Abbayes et Couvens, situés dans ces deux Evêchés; à charge néanmoins de pourvoir à l'entretien viager des deux Princes Evêques actuels, et des membres des deux Chapitres, de la manière dont ils pourront convenir entre eux, ainsi qu'à la dotation subséquente du clergé à préposer à ces deux diocèses sur le pied établi dans d'autres Provinces de la monarchie Autrichienne. Tous les droits de propriété et autres, qui compètent à S. M. l'Empereur et Roi, comme Souverain des Etats héréditaires d'Autriche, et comme chef suprème de l'Empire, compatibles avec l'exécution du présent acte, lui restent réservés, et ceux au contraire, dont il est disposé spécialement passeront aux nouveaux Possesseurs.

A l'Archiduc Grand-Duc, pour la Toscane et dépendances: l'Archévêché de Salzbourg, la Prévôté de Bergtolsgaden, la partie de l'Evêché de Passau située au delà de l'Ilz et de l'Inn, du côté de l'Autriche, à l'exception néanmoins d'Innstadt et d'Ilzstadt, avec un rayon de 500 toises françoises à prendre de l'extrémité des dits fauxbourgs, enfin les Chapitres, Abbayes, et Couvens situés dans les diocèses susmentionnés.

Ces possessions seront tenues par l'Archiduc aux conditions, engagemens et rapports fondés sur les traités existans.

Elles sont retirées du Cercle de Bavière et incorporées au Cercle d'Autriche. Leurs jurisdictions ecclésiastiques, tant métropolitaine que diocésaine, sont pareillement séparées par les limites des deux Cercles, pour être, quant aux parties ci-dessus distraites, réunis aux diocèses de la Bavière.

Mühldorf et la partie du Comté de Neubourg à la gauche de l'Inn, sont avec toute supériorité territoriale réunis au Duché de Bavière. L'équivalent du revenu de Mühldorf et de celui de la supériorité territoriale de Neubourg sera pris sur ceux de Freisingen, enclavés dans le territoire Autrichien.

L'Archiduc Grand-Duc recevra et possédera en outre pour lui et ses héritiers, en toute souveraineté et indépendance, l'Evêché d'Aichstett, avec tous les biens, revenus, droits et prérogatives y annexés, tels que le Prince Evêque en jouissait à l'époque de la signature du traité de Lunéville; à l'exception seulement des baillages de Sandsée, Wernfels-Spatt, Abenberg, Ahrberg-Ohrnbau, et Vaarnbourg-Herrieden, et toutes autres dépendances de l'Evêché d'Aichstett, qui se trouvent enclavées dans le pays d'Anspach et de Bareuth, lesquels demeureront à l'Electeur Palatin de Bavière, et seront compensés à l'Archiduc Grand-Duc par un équivalent complet pris sur les domaines de l'Electeur en Bohème, et en cas d'insuffisance sur d'autres revenus quelconques de ce Prince. Dans le territoire du dit l'Evêché d'Aichstett il ne pourra être élevé aucune fortification nouvelle par l'Archiduc Grand-Duc ou ses héritiers.

Le Brisgau et l'Ortenau forment l'indemnité du ci-devant Duc de Modène, pour le Modènois, appartenances et dépendances; et ces deux pays seront possédés par ce Prince et ses héritiers aux termes de l'article 4. du traité de Lunéville, qui doit à cet égard, sans aucune réstriction et limitation, s'entendre de l'Ortenau comme du Brisgau.

§. 2.

A l'Electeur Palatin de Bavière, pour le Palatinat du Rhin, les Duchés de Deux-Ponts, Simmern et Juliers, les Principautés de Lautern et Veldenz, le Marquisat de Bergopzoom, la Seigneurie de Ravenstein et autres Seigneuries, situées dans la Belgique et en Alsace: l'Evêché de Wurzbourg, sous les réserves ci-après, ceux de Bamberg, Freisingen, Augsbourg, et

celui de Passau (sauf la part ci - dessus de l'Archiduc Grand - Duc) avec la ville et les fauxbourgs, et leurs dépendances quelconques en deçà de l'Inn et de l'Ilz, et de plus un rayon de 500 toises françoises à prendre de leur extrémité; plus la Prévôté de Kempten, les Abbayes de Waldsassen, Ebcrach, Irrsée, Wengen, Soefflingen, Elchingen, Ursberg, Rockenbourg, Wettenhausen, Ottobeuern, Kaisersheim, et St. Ulric; plus les droits, propriétés et revenus ecclésiastiques, dépendans des Chapitres, Abbayes et Couvens, situés dans la ville et banlieue d'Augsbourg, à la réserve de tout ce qui est compris dans la dite ville et sa banlieue; enfin les villes Impériales ou villages de Rothenbourg, Weissenbourg, Windsheim, Schweinfurt, Gochsheim, Sennfeld, Kempten, Kaufbeuren, Memmingen, Dinkelsbühl, Nördlingen, Ulm, Bopfingen, Buchhorn, Wangen, Leutkirch et Ravensbourg, avec leurs territoires, y compris les freyen Leute der Leutkircher Heide.

Les fortifications de la ville de Passau ne pourront être augmentées. Elles seront seulement entretenues, et il ne pourra être élevé aucun nouvel ouvrage de fortification dans les fauxbourgs. L'Electeur Palatin de Bavière possédera en outre en toute propriété et supériorité territoriale les parties d'Aichstett détachées du lot de l'Archiduc Grand - Duc, aux conditions mentionnées. Il est réservé de pourvoir ultérieurement par une compensation territoriale à ce qui manque encore à l'Electeur Palatin de Bavière pour l'Evêché d'Aichstett, qui lui avoit été assigné antérieurement.

§. 3.

Au Roi de Prusse, Electeur de Brandebourg; pour le Duché de Gueldres et la partie de celui de Clèves située à la rive gauche du Rhin, la Principauté de Moers, les enclaves de Sevenaer, Huissen, et Malbourg, et les péages du Rhin et de la Meuse: les Evêchés de Hildesheim et de Paderborn, le territoire d'Erfurt avec Untergleichen, et tous les droits et propriétés Mayençoises en Thuringe, l'Eichsfeld, et la partie Mayençoise de Trefort, plus les Abbayes de Herforden, Quedlinbourg, Elten, Essen, Werden et Cappenberg et les villes Impériales de Mühlhausen, Nordhausen et Goslar, enfin la ville de Munster avec la partie de l'Evêché de ce nom, située sur et à la droite d'une ligne, tirée sous Olphen, passant par Seperad, Kakelsbeck, Heddingschel, Ghischink, Notteln, Hulschhofen, Nannhold, Nienbourg, Utten-

brok, Grimmel, Schoenfeld et Greven, se prolongeant en suivant le cours de l'Ems jusqu'au confluent de l'Hoopsteraa dans le Comté de Lingen.

Les restes de l'Evêché de Munster sont partagés ainsi qu'il suit, savoir: Au Duc d'Oldenbourg: les baillages de Vechte et Kloppenbourg.

Au Duc d'Aremberg: le baillage de Meppen avec le Comté de Recklinghausen, pays de Cologne; au Duc de Croy: les restes du baillage de Dulmen; au Duc de Looz et Corswaren: les restes des baillages de Bevergern et de Wolbeck.

Les Chapitres, Prébendes Archidiaconales, Abbayes et Couvens, situés aux baillages formant les restes ci-dessus mentionnés de l'Evêché de Munster, y sont incorporés.

Aux Princes de Salm: les baillages de Bocholt, et d'Ahaus, avec les Chapitres, Archidiaconés, Abbayes et Couvens y situés, le tout dans la proportion de deux tiers pour Salm-Salm, et d'un tiers pour Kyrbourg, dont le départ se fera très-incessamment par un règlement ultérieur.

Les restes du baillage de Horstmar, avec les Chapitres, Archidiaconés, Abbayes et Couvens qui s'y trouvent, passent inclusivement au Rhingrave, à la charge de remplir les engagemens contractés envers les Princes de Salm le 26. Octobre dernier.

Il résulte de la division faite de l'Evêché de Munster, que l'ancienne constitution des Etats ne peut plus avoir lieu.

La maison de Salm-Reiferscheid-Bedbourg reçoit le baillage Mayençois de Krautheim, avec les droits de jurisdiction de l'abbaye de Schoenthal au dit baillage, et en outre une rente perpétuelle de 32,000 florins sur Amorbach. Le Prince de Salm-Reiferscheid; pour le Comté de Niedersalm: une rente perpétuelle de 12,000 florins sur Schoenthal.

Le Comte de Reiferscheid-Dyk; pour les droits féodaux de son Comté: une rente perpétuelle de 28,000 florins sur les biens des Chapitres de Francfort.

§. 4.

Au Roi d'Angleterre Electeur de Brunswick-Lunebourg; pour ses prétentions au Comté de Sayn-Altenkirchen, Hildesheim, Corvey et Hoechster, et ses droits et propriétés dans les villes de Hambourg et de Bremen, et leurs territoires, notamment dans le territoire de cette dernière, tel qu'il

sera déterminé ci - après, comme aussi pour la cession du baillage de Wildeshausen : l'Evêché d'Osnabrück.

Au Duc de Brunswick - Wolfenbüttel : les Abbayes de Gandersheim et de Helmstaedt, à charge d'une rente perpétuelle de 2,000 florins envers la fondation de la Princesse Amélie à Dessau.

§. 5.

Au Margrave de Bade ; pour sa part au Comté de Sponheim, et ses terres et seigneuries dans le Luxembourg, l'Alsace etc. : l'Evêché de Constance, les restes des Evêchés de Spire, Bâle et Strasbourg ; les baillages Palatins de Ladenbourg, Bretten et Heidelberg, avec les villes d'Heidelberg et Mannheim ; plus la seigneurie de Lahr, aux conditions convenues entre le dit Margrave, le Prince de Nassau - Usingen et les autres intéressés ; plus les baillages Hessois de Lichtenau et de Wildstaedt ; plus les Abbayes de Schwarzach, Frauenalb, Allerheiligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheim-Munster, Petershausen, Reichenau, Oehningen, la Prévôté et le Chapitre d'Odenheim et l'Abbaye de Salmansweiler, à la réserve d'Ostrach, et annexes ci - après, les villes Impériales d'Offenbourg, Zell am Hammersbach, Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf et Wimpfen, enfin les droits et possessions tant médiats qu'immédiats dépendans des établissemens publics et corporations de la rive gauche du Rhin au Sud du Necker.

§. 6.

Au Duc de Würtemberg ; pour la Principauté de Montbeliard et dépendances, comme aussi pour ses droits, possessions, charges et repétitions en Alsace et Franche Comté : la Prévôté d'Ellwangen, les Chapitres, Abbayes et Couvens de Zwiefalten, Schoenthal, Combourg avec Supériorité territoriale, (sauf les droits des Princes séculiers et du Comté de Limbourg,) Rothmünster, Heiligenkreuzthal, Obristenfeld, Margarethausen, et tous ceux situés dans ses nouvelles possessions : plus le village de Durrenmetstetten, et les villes Impériales de Weil, Reutlingen, Eſslingen, Rothweil, Giengen, Aalen, Hall, Gmündt, et Heilbronn ; le tout à charge de servir les rentes perpétuelles suivantes, savoir :

Aux Princes de Hohenlohe-Waldenbourg ; pour leur part au péage de Poppard : six cents florins, dont moitié à Bartenstein, moitié à Schillingsfürst ;

Au Prince de Salm-Reiferscheid ; pour son Comté de Niedersalm : douze mille florins ;

Au Comte de Limbourg-Styrum; pour la seigneurie d'Oberstein: douze mille deux cents florins;

Au Comte de Schall; pour sa terre de Megen: douze mille florins;

A la Comtesse de Hillesheim; pour sa part à la seigneurie de Reipoltskirchen: cinq mille quatre cents florins;

A la Comtesse douairière de Loewenhaupt: pour les droits féodaux de sa part à la seigneurie d'Ober- et Niederbronn: onze mille trois cents florins;

Aux héritiers du Baron de Dietrich; pour idem etc. trente un mille deux cents florins;

Aux Sieurs Seubert; pour les fiefs Benthal et Bretigny: trois mille, trois cents florins.

§. 7.

Au Landgrave de Hesse-Cassel; pour St. Goar et Rheinfels, et ses droits et prétentions sur Corvey: les baillages Mayençois de Fritzlar, Naumbourg, Neustadt et Amoenebourg; les Chapitres de Fritzlar et d'Amoenebourg, et les Couvens aux dits baillages; plus la ville de Gelnhausen, et le village d'Empire de Holzhausen; le tout à charge d'une rente perpétuelle de 22,500 florins envers le Landgrave de Hesse-Rothenbourg, laquelle rente néanmoins sera transférée dans la suite sur l'excédent du produit de l'octroi de navigation mentionné au §. 39. si après le payement des rentes directement assignées sur ce produit dans le présent acte, il se trouve un excédent suffisant.

Au Landgrave de Hesse-Darmstadt; pour le Comté de Lichtenberg, la suppression de ses droits de protection sur Wetzlar, et de haut conduit à Francfort, et la cession des baillages Hessois de Lichtenau et de Wildstaedt, de Katzenelnbogen, de Braubach, d'Embs, de Kleeberg, d'Epstein, et du village de Weiperfelden: le Duché de Westphalie avec dépendances, et notamment Volkmarsen, avec les Chapitres, Abbayes et Couvens, qui se trouvent dans le dit Duché, à charge d'une rente perpétuelle de 15,000 florins envers le Prince de Wittgenstein-Berlebourg, laquelle rente néanmoins sera transférée dans la suite sur l'excédent du produit de l'octroi de navigation mentionné au §. 39. si après le payement des rentes directement assignées sur ce produit dans le présent acte, il se trouve un excédent suffisant: plus les baillages Mayençois de Gernsheim, Bensheim, Heppenheim, Lorsch, Furth, Steinheim, Alzenau, Vilbel, Rockenbourg, Hassloch, Astheim, Hirsch-

horn; les possessions et revenus-dépendans de Mayence au sud du Mein situés au pays de Darmstadt, notamment les censes de Moenchhof, Gundhof et Clarenberg, comme aussi ceux dépendans des Chapitres, Abbayes, et Couvens, assignés ci-après au Prince de Nassau-Usingen, à la réserve des villages de Burgel et de Schwanheim: plus les baillages Palatins de Lindenfels, Umstadt et Otzberg, et les restes de ceux d'Alzey et d'Oppenheim; plus les restes de l'Evêché de Worms, les Abbayes de Seligenstadt et de Marienschlofs près Rockenbourg, et la Prévôté de Wimpfen, et la ville Impériale de Friedberg, le tout à charge d'augmenter d'un quart au moins la rente appanagère du Landgrave de Hesse-Hombourg.

§. 8.

Au Duc de Holstein-Oldenbourg; pour la suppression du péage d'Elsfleth, la cession des villages au territoire de Lubeck déterminés ci-après, et pour ses droits et propriétés et ceux du Chapitre dans la ville de ce nom: l'Evêché et Grand-Chapitre de Lubeck, le baillage Hanovrien de Wildeshausen, et les baillages déja mentionnés de Vechte et de Kloppenbourg au pays de Münster.

§. 9.

Au Duc de Mecklenbourg-Schwerin; pour ses droits et répétitions sur deux Canonicats héréditaires de l'église de Strasbourg, qui lui avaient été donnés en remplacement du port de Wismar, ainsi que pour ses prétentions sur la presqu'île de Priwal dans la Trave, dont la propriété reste exclusivement à la ville de Lubeck: les droits et propriétés de l'hôpital de Lubeck dans les villages de Warneckenhagen, Altenbuchow, et Crumbrook et dans ceux de l'île de Poel; plus une rente perpétuelle de 10,000 florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

§. 10.

Au Prince de Hohenzollern-Hechingen; pour ses droits féodaux dans le Comté de Geulle et les Seigneuries de Mouffrin et de Baillonville au pays de Liege: la Seigneurie de Hirschlatt et le Couvent de Stetten.

Au Prince de Hohenzollern-Sigmaringen; pour ses droits féodaux dans les Seigneuries de Booxmer, Dixmude, Berg, Gendringen, Etten, Visch, Pannerden et Muhlingen, et pour ses domaines dans la Belgique: la Seigneu-

rie de Glatt, et les Couvens d'Inzinkhofen, de Closter - Beuren, et de Holzheim au pays d'Augsbourg.

§. 11.

Au Prince de Dietrichstein; pour la Seigneurie de Trasp au pays des Grisons: la Seigneurie de Neu - Ravensbourg.

Au Prince de Ligne; pour Fagnolles: l'Abbaye d'Edelstetten à titre de Comté.

§. 12.

Au Prince de Nassau - Usingen, pour la Principauté de Saarbruck, les deux tiers du Comté de Saarwerden, la Seigneurie d'Ottweiler et celle de Lahr dans l'Ortenau: les baillages Mayençois de Königstein, Höchst, Cronenberg, Rudesheim, Oberlahnstein, Eltwill, Harheim, Kassel avec les possessions du Grand - Chapitre à la droite du Mein sous Francfort: plus le baillage Palatin de Caub avec dépendances, les restes de l'Electorat de Cologne proprement dit, (à l'exception des baillages d'Altwied et de Nurbourg): les baillages Hessois de Katzenelnbogen, Braubach, Embs, Epstein et Kleeberg, dégagé des prétentions de Solms, les villages de Weiperfelden, Soden, Sultzbach, Schwanheim et Okriftel, les Chapitres et Abbayes de Limbourg, Rumersdorf, Bleidenstadt, Sayn, et tous les Chapitres, Abbayes et Couvens situés dans les terres, qu'il reçoit en indemnité; enfin le Comté de Sayn-Altenkirchen, à charge de se conformer à la convention arrêtée pour le dédommagement de la maison de Sayn - Wittgenstein, dont les prétentions sur le Comté de Sayn et dépendances demeurent éteintes.

Au Prince de Nassau-Weilbourg, pour le tiers de Saarwerden et la Seigneurie de Kirchheim-Polanden: les restes de l'Electorat de Trèves avec les Abbayes d'Arnstein, de Schoenau et de Marienstadt.

Au Prince de Nassau-Dillenbourg, pour indemnité du Stadthoudérat et de ses Domaines en Hollande, et dans la Belgique: les Evêchés de Fulde et de Corvey, la ville Impériale de Dortmund, l'Abbaye de Weingarten, les Abbayes et Prévôtés de Hoffen, St. Gerold au Pays de Weingarten, Banderen au territoire de Lichtenstein, Dietkirchen, au pays de Nassau, ainsi que tous les Chapitres, Abbayes, Prévôtés et Couvens situés dans les pays assignés; à charge par lui de satisfaire aux prétentions subsistantes, et précédemment récon-

ames par la France sur quelques successions réunies au majorat de Nassau-Dillenbourg pendant le cours du siècle dernier.

§. 13.

Au Prince de la Tour et Taxis ; pour indemnité des revenus des Postes d'Empire dans les provinces cédées à la France : l'Abbaye de Buchau avec la ville, celles de Marchthal et de Nereshcim, et le baillage d'Ostrach dépendant de Salmansweiler dans toute l'étendue de son administration actuelle, avec la Seigneurie de Schemmelberg, et les hameaux de Tiefenthal, Franzhoff et Stetten. La conservation des Postes du Prince de la Tour et Taxis, telles qu'elles sont constitués, lui est d'ailleurs garantie. En conséquence les dites postes sont maintenues *in statu quo*, pour l'étendue et l'exercice, qu'elles conservaient lors du Traité de Lunéville ; et pour en assurer d'autant plus l'établissement dans toute son intégrité, tel qu'il se trouvait à la dite époque, elles sont mises sous la protection spéciale de l'Empereur et du Collège Electoral.

§. 14.

Au Prince de Loewenstein-Wertheim ; pour le Comté de Putlange, les Seigneuries de Scharfeneck, de Cugnon et autres : savoir, les deux villages Mayençois de Würth et de Treinfurt, les baillages de Rothenfels et de Hombourg au pays de Wurzbourg les Abbayes de Brombach, Neustadt et Holzkirchen, les régies Wurzbourgeoises de Widdern et Thalheim, une rente perpétuelle de douze mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39. et les droits et revenus de Wurzbourg dans le Comté de Wertheim, sous la clause néanmoins de rétrocéder le susdit baillage de Hombourg et l'Abbaye de Holzkirchen à l'Electeur Palatin de Bavière contre une rente perpétuelle de vingt-huit mille florins, ou tout autre équivalent, dont ils pourront convenir.

Aux Comtes de Loewenstein-Wertheim ; pour le Comté de Virnebourg : le baillage de Freudenberg, la Chartreuse de Grunau, le Couvent de Triffenstein et les villages de Montfeld, Rauenberg, Wessenthal et Trennfeld.

§. 15.

Au Prince d'Oettingen-Wallerstein ; pour la Seigneurie de Dachstuhl : l'Abbaye de Sainte-Croix de Donauwerth, le Chapitre de St. Magnus à Fuessen, et les Couvens de Kirchheim, de Deggingen et Maihingen au pays de Wallerstein.

§. 16.

Aux Princes et Comtes de Solms ; pour la seigneurie de Rohrbach, celle de Kratz-Scharfenstein, Hirschfeld et pour leurs droits et prétentions sur l'Abbaye d'Arnsbourg et sur le baillage de Kleeberg : l'Abbaye d'Arnsbourg et celle d'Altenbourg au pays de Solms.

§. 17.

Aux Princes et Comtes de Stollberg ; pour le Comté de Rochefort et leurs prétentions sur Koenigstein : une rente perpétuelle de trente mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

§. 18.

Au Prince Charles de Hohenlohe - Bartenstein ; pour la Seigneurie d'Oberbrunn : les baillages de Haltenberg-Stetten, Lautenbach, Yagstberg et Braunsbach, les péages de Wurzbourg au pays de Hohenlohe, sa part au village de Neuenkirchen, le village de Munster et la partie orientale du territoire de Carlsberg ; le tout sous la clause de rétrocéder contre un juste équivalent à l'Electeur Palatin le territoire nécessaire pour établir une route militaire et de communication directe et non interrompue de Wurzbourg à Rothenbourg.

Aux chefs des deux branches d'Hohenlohe-Waldenbourg ; pour leur part au péage de Boppard : la rente perpétuelle déjà mentionnée de six cents florins sur Combourg.

Au Prince de Hohenlohe-Ingelfingen ; pour ses droits et prétentions sur les sept villages de Koenigshofen, Rettersheim, Rinderfeld, Wermuthhausen, Neubronn, Streichenthal et Oberndorf : le village de Nagelsberg.

Au Prince de Hohenlohe-Neuenstein ; pour la cession du village de Münster et de la partie orientale du territoire de Carlsberg, savoir : un rayon de cinq cents toises françoises à prendre de l'extrême frontière, les villages d'Amrichshausen et les parts de Mayence, Wurzbourg et Combourg au bourg de Kunzelsau.

§. 19.

Au Prince d'Isenbourg ; pour la cession du village d'Okriftel : le village de Gainsheim près du Rhin, avec les restes du Chapitre de Jacobsberg à la droite du Rhin, à la réserve des enclaves au territoire du Landgrave de Hesse-Cassel, et le village de Bürgel près d'Offenbach.

A la Princesse d'Isenbourg, Comtesse de Parkstein; pour sa part à la Seigneurie de Reipoltskirchen, et autres Seigneuries à la rive gauche du Rhin: une rente perpétuelle de vingt trois mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

§. 20.

A la Maison de Linange; pour sa principauté de ce nom, le Comté de Dabo et la Seigneurie de Veitersheim, ainsi que pour ses droits et prétentions sur Saarwerden, Lahr et Malberg: savoir, au Prince de Linange: les baillages Mayençois de Miltenberg, Buchen, Seligenthal, Amorbach et Bischofsheim; les baillages de Grünsfeld, Lauda, Hartheim et Rittberg, détachés de Wurzbourg; les baillages Palatins de Boxberg et Mosbach; et les Abbayes de Gerlachsheim et d'Amorbach.

Au Comte de Linange-Guntersblum; pour ses pertes et sa part aux dites prétentions: la Kellerey Mayençoise de Billigheim et une rente perpétuelle de trois mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

Au Comte de Linange-Heidesheim; pour ses pertes et sa part aux dites prétentions: la Kellerey Mayençoise de Neidenau, et une rente perpétuelle de 3,000 florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

Au Comte de Linange-Westerbourg, branche ainée: l'Abbaye et le Couvent d'Ilbenstadt en Wetteravie, avec supériorité territoriale dans son enclos, et une rente perpétuelle de 3,000 florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

Au Comte de Linange-Westerbourg, branche cadette: l'Abbaye d'Engelthal en Wetteravie, et une rente perpétuelle de 6,000 florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

§. 21.

Au Prince de Wiedrunkel; pour le Comté de Créange: les baillages de Nurbourg et d'Altwied au pays de Cologne, et la Kellerey de Willmar.

§. 22.

Au Prince de Bretzenheim; pour Bretzenheim et Winzenheim: la ville et l'Abbaye de Lindau au lac de Constance.

§. 23.

Au Prince de Wittgenstein - Berlebourg; pour les Seigneuries de Neumagen et de Hemsbach: la rente perpétuelle déjà mentionnée de 15,000 florins sur le Duché de Westphalie.

Il sera pourvu à la satisfaction de la maison de Sayn - Wittgenstein; pour ses prétentions reconnues légitimes sur les Comtés de Sayn - Altenkirchen et de Hachenbourg au moyen de l'arrangement concerté entre le Margrave de Bade, les Princes de Nassau et les dits Comtes de Wittgenstein.

§. 24.

A l'égard des Comtes d'Empire, comme les parties de territoire immédiat, qui restent disponibles, sont insuffisantes pour leur indemnisation, et qu'il convient néanmoins de leur faire à chacun un établissement proportionnel, auquel leur droit de vote puisse être transféré, les Abbayes et Couvents immédiats suivans avec leurs dépendances demeurent réservés à cette fin, savoir: Ochsenhausen, Munchroth, Schussenried, Guttenzell, Hegbach, Baindt, Buxheim, Weissenau et Isny avec la ville.

(Suit la distribution de cette masse d'indemnités faites en conformité des instructions arrêtées par la Députation.)

Le complément de l'indemnité, s'il y a lieu, et en tant qu'il n'y serait pas pourvu par la levée future du séquestre sera, pour les dits Comtes et pour tous autres réclamans à ce titre assigné sur les revenus, qui pourraient être ultérieurement disponibles.

§. 25.

Le siège de Mayence est transféré à l'église Cathédrale de Ratisbonne. Les dignités de Prince - Electeur - Archichancelier de l'Empire, ainsi que celles d'Archévêque Métropolitain et de Primat de Germanie y demeureront unies à perpétuité. Sa jurisdiction Métropolitaine s'étend sur les anciennes provinces ecclésiastiques de Mayence, Cologne et Trêves, (en tant qu'elles se trouvent à la rive droite du Rhin, et en exceptant les Etats du Roi de Prusse.) Enfin sur celle de Salzbourg, en tant qu'elle s'étend sur les pays unis à l'Electorat Palatin de Bavière.

Quant au temporel, la dotation de l'Electeur Archichancelier est formée de la Principauté d'Aschaffenbourg et de la Principauté de Ratisbonne. La première est formée du Grand-Baillage d'Aschaffenbourg dans son inté-

grité et étendue actuelle; plus des baillages d'Auffenau, Lohr, Orbe avec la saline, Prozelten et Klingenberg à la droite du Mein, et du baillage Wurzbourgeois d'Aurach au Sinngrund; la seconde comprend la Principauté actuelle de Ratisbonne, la ville de ce nom et toutes les dépendances avec les Chapitres, Abbayes et Couvens tant médiats qu'immédiats qui s'y trouvent, notamment St. Emeran, Obermunster et Niedermunster, le tout dans les rapports actuellement existans à l'égard de la Bavière. Cette dotation est formée en outre de la ville Impériale de Wetzlar à titre de Comté, et en pleine supériorité territoriale, ainsi que de tous les Chapitres, Abbayes et Couvens situés dans les dites Principautés et Comté; plus de la maison de Kompostel à Francfort, et des propriétés et revenus du grand Chapitre de Mayence tenues et perçus hors des baillages assignés au Roi de Prusse, aux Landgraves de Hesse-Cassel et de Hesse-Darmstadt, aux Princes de Nassau-Usingen et de Linange.

Le revenu des objets ci-dessus spécifiés est évalué à 650,000 florins.

Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Electeur Archichancelier, fixée à un million de florins, par des assignations sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.

En attendant que cet octroi soit en activité, les péages à la rive droite du Rhin, qui auraient continué à être perçus depuis le 1. Decembre 1802, serviront à l'acquit du dit complément d'indemnité. L'Electeur Archichancelier s'entendra à cet effet avec les Princes, au nom desquels ils auraient été perçus. S'il se trouve des fonds suffisans après l'acquit de son complément, ils serviront à payer d'autant les assignations portées aux §§. 9. 14. 17. 19. et 20.

L'Electeur Archichancelier continuera d'être élu conformément aux statuts de son ancienne Métropole.

Les villes de Ratisbonne et de Wetzlar jouiront d'une neutralité absolue, en cas de guerre même d'Empire, attendu qu'elles sont l'une le siège de la Diète générale, l'autre le siège de la Chambre Impériale.

§. 26.

Les ordres Teutonique et de Malthe sont en considération des services militaires de leurs membres, soustraits à la sécularisation; et à raison de leurs pertes à la rive gauche du Rhin ils reçoivent en compensation, savoir:

Le Prince Grand-Maître et l'ordre Teutonique : les Chapitres, Abbayes et Couvens médiats du Vorarlberg, de la Souabe Autrichienne et généralement tous les Couvens médiats des diocèses d'Augsbourg et de Constance en Souabe, dont il n'a pas été disposé, hors ceux du Brisgau.

Le Prince Grand-Prieur et le Grand-Prieuré d'Allemagne de l'ordre de Malthe : le Comté de Bondorf, les Abbayes de St. Blaise, de St. Trutpert, de Schuttern, de St. Pierre et de Tennenbach, et généralement tous les Chapitres, Abbayes et Couvens du Brisgau, avec toutes les dépendances respectives à la rive droite du Rhin des objets ci-dessus désignés, à charge par lui d'acquitter les dettes personnelles des ci-devant Evêques de Basle et de Liège, contractées depuis qu'ils sont hors de leurs sièges, telles qu'elles seront ultérieurement liquidées.

§. 27.

Le Collège des villes Impériales demeure composé des villes libres et immédiates d'Augsbourg, Lubeck, Nuremberg, Francfort, Bremen et Hambourg.

Elles jouissent dans toute l'étendue de leurs territoires respectifs de la pleine supériorité et de toute jurisdiction quelconque, sans réserve, ni exception, sauf néanmoins l'appel aux Tribunaux suprêmes de l'Empire.

Elles jouissent pareillement d'une neutralité absolue, même dans les guerres d'Empire. A cet effet elles seront franches à perpétuité de toute contribution militaire ordinaire et extraordinaire, et dans toutes les questions de paix ou de guerre, dispensées pleinement et nécessairement de tout concours aux votes de l'Empire.

Elles reçoivent en outre en indemnité, compensation et concession, savoir :

La ville d'Augsbourg : tous les biens, bâtimens, propriétés, et revenus ecclésiastiques de son territoire, tant en dedans qu'en dehors de ses murs, sans aucune exception quelconque.

La ville de Lubeck ; pour la cession des villages et hameaux dépendans de son hôpital dans le Mecklenbourg : tout le territoire de l'Evêché et Grand-Chapitre de Lubeck avec leurs droits, bâtimens, propriétés et revenus quelconques, compris entre la Trave, la Baltique, le lac de Himmelsdorf, une ligne tirée de là au dessus de Swartau à une distance de 500 toises françoises au moins de la Trave, le Holstein Danois et le Hanovre.

Quant aux parcelles dépendantes de la ville de Lubeck hors du territoire ainsi déterminé, et enclavées dans les Etats du Duc de Holstein-Oldenbourg, il en sera traité à l'amiable.

La ville de Francfort; pour la cession de sa part aux villages de Soden et Saltzbach: les Chapitres, Abbayes et Couvens, situés dans son enceinte, avec toutes leurs dépendances tant au dehors, qu'en dedans de son territoire; et notamment Mockstadt, ainsi que tous les biens, bâtimens, propriétés et revenus ecclésiastiques, compris dans la dite ville et le dit territoire (le Kompostel excepté) sous la condition de servir une rente perpétuelle de 28,000 florins au Comte de Salm-Reiferscheid-Dick; une de 3,600 florins au Comte de Stadion-Warthausen, et une de 2,400 florins au Comte de Stadion-Tannhausen; lesquelles rentes montant en tout à 34,000 florins, seront transférées dans la suite sur l'excédent du produit de l'octroi de navigation mentionné au §. 39, si après le payement des rentes directement assignées sur ce produit dans le présent acte, il se trouve un excédent suffisant.

Le commerce de Francfort est en outre affranchi de tous droits de haut conduit, exercés ou prétendus par aucun des Etats d'Empire.

Le territoire de Bremen comprend le bourg de Vegesack avec dépendances; le Grolland, le Burghof, le moulin de Hemlingen, les villages de Hastede, Schwaghausen et Vahr avec dépendances, et tout ce qui est compris entre le Weser, les rivières de Wümme, Leesum, les frontières actuelles et une ligne à tirer de Seebaldsbrücke par le moulin de Hemlingen, jusqu'à la rive gauche du Weser avec tous les droits, bâtimens, propriétés et revenus quelconques dépendans du Duché et Grand-Chapitre de Bremen, et en général de l'Electeur de Brunsvic-Lunebourg dans la dite ville et son territoire.

Pour mettre le commerce de Bremen et la navigation du Bas-Weser à l'abri de toute entrave, le péage d'Elsfleet est supprimé à perpétuité, sans pouvoir être rétabli sous aucun prétexte ou dénomination quelconque; et les vaisseaux ou bâtimens; et les marchandises qu'ils transportent, soit en montant la dite rivière, soit en la descendant, ne pourront être arrêtés ni empêchés, sous quelque prétexte, que ce soit.

La ville de Hambourg a à sa disposition tous les droits, bâtimens, propriétés et revenus du Duché de Bremen, et de son Grand-Chapitre, et

en général de l'Electeur de Brunsvic-Luneburg, situés dans son enceinte et dans son territoire.

Quant à la fixation du territoire de Nuremberg, elle est remise à des transactions ultérieures.

Les six villes ci-dessus nommées ne pourront permettre de recrutement militaire dans leur enceinte et dans leur territoire que pour les Etats de l'Empire.

Les Electeurs et Princes, auxquelles des villes Impériales tombent en partage comme indemnité, traiteront ces villes par rapport à leur constitution municipale, et à leurs propriétés sur le même pied que les villes les plus privilégiées comparativement de chaque pays, autant que l'organisation du dit pays, et les dispositions nécessaires pour le bien général, le permettront. Il leur est assuré en particulier le libre exercice de leur religion et la possession paisible de tous leurs biens et revenus, consacrés à des usages pieux ou de bienfaisance.

§. 28.

Les indemnités, qui pourroient être dues à aucuns des membres de l'ordre équestre, seront à l'instar du complément des indemnités des Comtes d'Empire, et en tant qu'il n'y serait pas pourvu par la levée future du séquestre assignées sur les revenus, qui pourroient être ultérieurement disponibles et dans des proportions rélatives à leurs prétentions légitimes.

§. 29.

La République helvétique, en compensation de ses droits et prétentions sur les possessions situées en Souabe, dépendantes de ses établissemens ecclésiastiques, desquelles il a été disposé par les articles précédens, reçoit l'Evêché de Coire, en pourvoyant à l'entretien de l'Evêque du Chapitre et de leurs officiers, plus la Seigneurie de Trasp. Elle est en outre autorisée à racheter, au moyen de rentes perpétuelles, équivalentes au produit net, remboursables au taux établi par les loix helvétiques, ou de tel arrangement dont elle pourra convenir avec les parties intéressées, tous les droits quelconques, dîmes, domaines, propriétés et revenus, appartenans soit à l'Empereur, aux Princes et Etats d'Empire, soit aux établissemens ecclésiastiques sécularisés, seigneurs et particuliers étrangers dans toute l'étendue du territoire Helvétique.

Les sécularisations, que la dite République pourrait faire chez elle, auront lieu sans perte et préjudice des dépendances en Empire de ses établissemens réligieux, sauf ce dont il a été disposé; et la réciprocité est stipulée pour les dépendances en Helvétie des établissemens religieux d'Empire. Toute jurisdiction d'un Prince, Etat ou membre de l'Empire, cessera désormais dans l'étendue du territoire Helvétique, ainsi que toute suzeraineté et tous droits purement honorifiques; et la même chose a lieu à l'égard des possessions helvétiques situées dans l'Empire Germanique.

§. 30.

Toutes les rentes perpétuelles établies par les articles précédens, seront perpétuellement rachetables au denier quarante, sauf tout autre arrangement, dont les parties intéressées conviendront de gré à gré. L'échéance de ces rentes perpétuelles est fixée au 1er Décembre de chaque année.

Le payement s'effectue sur le pied de 24 florins au marc, en bonne monnoie courante d'argent.

§. 31.

La dignité Electorale est accordée à l'Archiduc Grand-Duc. Elle est accordée également au Margrave de Bade, au Duc de Wurtemberg et au Landgrave de Hesse-Cassel, qui pour le rang alterneront entr'eux d'après les strophes établies au Collège des Princes, et pour leur introduction observeront les formalités d'usage. A l'extinction de la maison de Hesse-Cassel, le titre Electoral passera à la maison de Hesse-Darmstadt.

§. 32.

De nouveaux votes virils au Collège des Princes sont accordés savoir:

A l'Empereur, comme Archiduc d'Autriche: pour la Styrie, un; pour la Carniole, un; pour la Carinthie, un; pour le Tyrol, un; total	4 votes.
A l'Electeur Palatin, comme Duc de Bavière: pour le Duché de Berg, un; pour Sulzbach, un; pour la Basse-Bavière, un; pour Mindelheim, un; total	4 —
Au Roi de Prusse, comme Duc de Magdebourg: pour Erfurt, un; pour l'Eichsfeld, un; total	2 —
A l'Electeur Archichancelier: pour la Principauté d'Aschaffenbourg, un; cy	1 —

votes.

A l'Electeur de Saxe, comme Margrave de Misnie: pour le Margraviat de Misnie, un; pour le Bourgraviat de Misnie, un; pour Querfurth, un; total 3 —

Au même, alternativement avec Saxe-Weimar et Saxe-Gotha: pour la Thuringe, un; cy 1 —

Au Roi d'Angleterre, comme Duc de Bremen: pour Göttingen, un; cy 1 —

Au Duc de Brunswick-Wolfenbuttel: pour Blanckenbourg, un; cy 1 —

Au Margrave de Bade: pour Bruchsal, au lieu de Spire, un; pour Ettenheim, au lieu de Strasbourg, un; total 2 —

Au Duc de Wurtemberg: pour Teck, un; pour Zwiefalten, un; pour Tubingen, un; total 3 —

Au Roi de Danemark, comme Duc de Holstein: pour Ploen, un; cy 1 —

Au Landgrave de Hesse-Darmstadt: pour le Duché de Westphalie, un; pour Starkenbourg, un; total 2 —

Au Landgrave de Hesse-Cassel: pour Fritzlar, un; pour Hanau, un; total 2 —

Au Duc de Modène: pour le Brisgau, un; pour l'Ortenau, un; total 2 —

Au Duc de Mecklenbourg-Strelitz: pour Stargard, un; cy 1 —

Au Duc d'Aremberg, le vote qu'il exerçait précédemment, transporté sur ses possessions à la rive droite du Rhin 1 —

Au Prince de Salm-Salm, à lui seul le vote qui était précédemment en commun avec Salm-Kirbourg; cy 1 —

Au Prince de Nassau-Usingen, un; cy 1 —

Au Prince de Nassau-Weilbourg, un; cy 1 —

Au Prince de Hohenzollern-Sigmaringen, un; cy 1 —

Au Prince de Salm-Kirbourg, un; cy 1 —

Au Prince de Fürstemberg; pour Baar et Stuhlingen, un; cy 1 —

Au Prince de Schwarzemberg: pour Klettgau, un; cy 1 —

Au Prince de la Tour et Tassis: pour Buchau, un; cy 1 —

Au Prince de Waldeck, un; cy 1 —

Au Prince de Loewenstein-Wertheim, un; cy 1 —

Au Prince d'Oettingen-Spielberg, un; cy 1 —

Au Prince d'Oettingen-Wallerstein, un; cy 1 —

	votes.
Au Prince de Solms-Braunfels, un; cy	1 —
Au Prince de Hohenlohe-Neuenstein, un; cy	1 —
Au Prince de Hohenlohe-Waldenbourg-Schillingsfürst, un; cy	1 —
Au Prince de Hohenlohe-Waldenbourg-Bartenstein, un; cy	1 —
Au Prince d'Isenbourg-Birstein, un; cy	1 —
Au Prince de Kaunitz: pour Rittberg, un; cy	1 —
Au Prince de Reufs-Plauen-Graiz, un; cy	1 —
Au Prince de Linange, un; cy	1 —
Au Prince de Ligne: pour Edelstetten, un; cy	1 —
Au Duc de Looz: pour Wolbeck, un; cy	1 —

L'ordre d'appel des votes, tant anciens que nouveaux, au collège des Princes de l'Empire, est déterminé d'après la 10me strophe de la manière suivante:

1. Autriche.
2. Bavière (haute).
3. Styrie.
4. Magdebourg.
5. Salzbourg.
6. Basse-Bavière.
7. Ratisbonne.
8. Sulzbach.
9. Ordre Teutonique.
10. Neubourg.
11. Bamberg.
12. Bremen.
13. Margraviat de Misnie.
14. Duché de Berg.
15. Wurzbourg.
16. Carinthie.
17. Eichstaedt.
18. Saxe-Coburg.
19. Bruchsal.
20. Saxe-Gotha.
21. Ettenheim.
22. Saxe-Altenbourg.
23. Constance.
24. Saxe-Weimar.
25. Augsbourg.
26. Saxe-Eisenach.
27. Hildesheim.
28. Brandebourg-Anspach.
29. Paderborn.
30. Brandebourg-Bayreuth.
31. Freysingen.
32. Wolfenbuttel.
33. Landgraviat de Thuringe.
34. Brunswick-Zell.
35. Passau.
36. Brunswick-Calenberg.
37. Trente.
38. Brunswick-Grubenhagen
39. Brixen.
40. Halberstadt.

41. Carniole.
42. Bade-Bade.
43. Wurtemberg-Teck.
44. Bade-Durlach.
45. Osnabruck.
46. Verden.
47. Munster.
48. Bade-Hochberg.
49. Lubeck.
50. Wurtemberg.
51. Hanau.
52. Holstein-Gluckstadt.
53. Fulde.
54. Holstein-Oldenbourg.
55. Kempten.
56. Mecklenbourg-Schwerin.
57. Ellwangen.
58. Mecklenbourg-Gustrow.
59. Ordre de Malthe.
60. Hesse-Darmstadt.
61. Bergtolsgaden.
62. Hesse-Cassel.
63. Westphalie.
64. Poméranie antérieure.
65. Holstein-Ploen.
66. Poméranie citérieure.
67. Brisgau.
68. Saxe-Lauenbourg.
69. Corvey.
70. Minden.
71. Bourgraviat de Misnie.
72. Leuchtenberg.
73. Anhalt.
74. Saxe-Henneberg.
75. Schwerin.
76. Camin.
77. Ratzebourg.
78. Hirschfeld.
79. Tyrol.
80. Tubingen.
81. Querfurth.
82. Aremberg.
83. Hohenzollern-Hechingen.
84. Fritzlar.
85. Lobkowitz.
86. Salm-Salm.
87. Dietrichstein.
88. Nassau-Hadamar.
89. Zwiefalten.
90. Nassau-Dillenbourg.
91. Auersberg.
92. Starkenbourg.
93. Ostfrise.
94. Furstemberg.
95. Schwarzenberg.
96. Goettingen.
97. Mindelheim.
98. Lichtenstein.
99. La Tour et Tassis.
100. Schwarzbourg.
101. Ortenau.
102. Aschaffenbourg.
103. Eichsfeld.
104. Blankenbourg.
105. Stargard.
106. Erfurt.
107. Nassau-Usingen.
108. Nassau-Weilbourg.

109. Hohenzollern - Sigmaringen.
110. Salm - Kirbourg.
111. Furstenberg, Baar et Stuhlingen.
112. Schwarzenberg - Klettgau.
113. La Tour et Tassis, Buchau.
114. Waldeck.
115. Loewenstein - Wertheim.
116. Oettingen - Spielberg.
117. Oettingen - Wallerstein.
118. Solms - Braunfels.
119. Hohenlohe - Neuenstein.
120. Hohenlohe - Waldenbourg - Schillingsfürst.
121. Hohenlohe - Waldenbourg - Bartenstein.
122. Isenbourg - Birstein.
123. Kaunitz - Rittberg.
124. Reufs - Plauen - Graiz.
125. Linange.
126. Ligne.
127. Looz.
128. Comtes de Souabe.
129. Comtes de Wetteravie.
130. Comtes de Franconie.
131. Comtes de Westphalie.

Le Directoire du Collège des Princes reste comme il était précédemment.

Les alternats qui ont eu lieu jusqu'à présent, continueront à être observés; et les différentes maisons ainsi que les branches de la même maison, conviendront entr'elles des alternats nouveaux.

Il n'est rien changé par l'appel de votes à l'élévation ou à l'égalité du rang des Princes entr'eux, et les droits de chacun sont réservés.

Les votes des Principautés sécularisées sont maintenus à leur ancienne place, de manière que les *latera* puissent être conservés aussi longtems que le collège le jugera utile.

Les Princes qui ont à exercer des votes, affectés aux Etats ci-devant ecclésiastiques qui leur sont donnés en indemnité, n'acquièrent point par-là des titres à un rang plus élevé que celui qu'ils avaient précédemment.

Les Princes qui reçoivent de nouveaux votes, en remplacement des votes perdus, conservent le rang des anciens.

Les 9 autres strophes seront arrangées d'après la 10e qui a servi de base pour l'ordre établi ci-dessus.

§. 33.

Le privilège de non appellando illimité appartient à tous les Electeurs pour toutes leurs possessions, au Landgrave de Hesse - Darmstadt pour ses anciennes et nouvelles possessions; et est accordé à la maison de Nassau en commun, tant pour ses anciennes que nouvelles possessions.

§. 34.

Tous les biens des Grands-Chapitres et de leurs dignitaires sont incorporés aux domaines des Evêques, et passent avec les Evêchés aux Princes, auxquels ceux-ci sont assignés. Dans les Evêchés partagés entre plusieurs, les dits biens sont incorporés aux portions respectives.

§. 35.

Tous les biens des Chapitres, Abbayes et Couvens fondés, tant des anciennes que des nouvelles possessions, tant protestans que catholiques, tant médiats qu'immédiats, dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédens, sont mis à la libre et pleine disposition des Princes territoriaux respectifs, tant pour dépenses du culte, fraix d'instruction et autres établissemens d'utilité publique, que pour le soulagement de leurs finances; sous la réserve formelle:

De la dotation fixe des Cathédrales, qui seront conservées.

Des pensions du Clergé supprimé, conformement aux règlemens, dont une partie se trouve ci-dessous, et les autres seront déterminés incessamment.

§. 36.

Les Chapitres, Abbayes et Couvens nommément et formellement assignés en indemnité, de même que ceux mis à la disposition des Princes territoriaux, passent à leurs nouveaux possesseurs, avec tous leurs biens, droits, capitaux et revenus, en quelque lieu qu'ils soient situés, sauf les distractions expresses.

§. 37.

Les biens et revenus appartenans aux hôpitaux, fabriques, universités, Collèges, et autres fondations pieuses, comme aussi ceux des communes de l'une des deux rives du Rhin situés sur l'autre rive, doivent en demeurer distraits, et sont mis à la disposition des Gouvernemens respectifs, c'est à dire, quant à la droite du Rhin, des Gouvernemens locaux; et il est entendu, que les biens et revenus appartenans aux institutions littéraires précédemment communes aux deux rives, et aujourd'hui continuées à la droite, lesquels ne sont pas situés dans le territoire des Princes indemnisés, resteront attachés aux dites institutions continuées à la droite du Rhin.

§. 38.

Les terres et propriétés, assignées aux Etats d'Empire en remplacement de leurs possessions à la rive gauche du Rhin, demeurent spécialement affectées

au payement des dettes des dits Princes tant personnelles, que de celles provenant de leurs anciennes possessions, sauf les stipulations du traité de Lunéville et des traités particuliers conclus sur ce point entre la France et aucuns des Etats d'Empire.

§. 39.

Tous les péages du Rhin perçus, soit à la droite, soit à la gauche du fleuve, sont supprimés, sans pouvoir être rétablis sous quelque dénomination que ce soit, sauf les droits de Douane, et un octroi de navigation, lequel est consenti sur les bases suivantes :

Le Rhin étant devenu, depuis les frontières de la République Batave, jusqu'à celles de la République Helvétique, un fleuve commun entre la République française et l'Empire Germanique, l'octroi de navigation est établi et sera réglé et perçu en commun entre la France et l'Empire.

L'Empire, avec le consentement de l'Empereur, délègue pleinement et entièrement tous ses droits à cet égard à l'Electeur Archichancelier, qui est revêtu des pleins pouvoirs du corps Germanique pour arrêter avec le Gouvernement français tous les règlemens généraux et particuliers rélatifs à l'octroi de navigation, les quels règlemens seront portés à l'approbation du Collège Electoral et à la connaissance du Corps Germanique par l'Electeur Archichancelier.

La taxe sera combinée de manière à ne pas excéder le montant des péages supprimés. Elle sera plus forte sur la navigation des étrangers que sur celle des riverains français ou allemands et sur les bâtimens qui remonteront le Rhin que sur ceux qui le descendront.

La perception en sera confiée à des mains uniques et le mode à adopter sera tel que la navigation soit retardée le moins possible.

Le Directeur général de l'octroi sera nommé en commun par le Gouvernement français et l'Electeur Archichancelier, qui tiendront respectivement un controleur près de chaque bureau de perception. Les percepteurs de la rive droite seront nommés par l'Electeur Archichancelier avec l'agrément du Souverain territorial.

Néanmoins ces bases d'administration et de perception sont subordonnées à l'arrangement qui sera conclu, sur l'organisation de l'octroi de navigation, entre le Gouvernement français et l'Electeur Archichancelier.

Il n'y aura pas moins de cinq ni plus de quinze bureaux de perception. Ces bureaux ne seront nullement exempts de la jurisdiction des souverains territoriaux, hors des objets de leur service. Ils en recevront au contraire toute assistance en cas de besoin.

Le produit brut de l'octroi est spécialement affecté des frais de perception, administration et police.

Le surplus sera partagé en deux parties égales, chacune destinée principalement à l'entretien des chemins de hallage et travaux nécessaires à la navigation sur chaque rive respective.

Le réliquat net de la moitié appartenant à la rive droite est hipothéqué 1) Au complément de la dotation de l'Electeur Archichancelier et autres assignations portées aux paragraphes 9. 14. 17. 19. et 20.; 2) Au payement des rentes subsidiairement et conditionnellement assignées par les paragraphes 7. et 27.

S'il y avait un surplus annuel de revenu, il servirait à l'amortissement graduel des charges dont le droit d'octroi de navigation est grévé.

L'Electeur Archichancelier se concertera annuellement avec le Gouvernement français et les Princes territoriaux riverains de la droite du Rhin, pour l'entretien des chemins de hallage et travaux nécessaires à la navigation dans l'étendue des frontières respectives sur le Rhin.

§. 40.

Tous les fiefs situés à la rive droite du Rhin, et relevant de Cours féodales ci-devant établies à la rive gauche relèvent désormais directement de l'Empereur et de l'Empire, si la supériorité territoriale y est attachée comme Etats d'Empire; dans le cas contraire, ces fiefs relèvent du Prince territorial, dans les Etats duquel ils sont enclavés. Néanmoins les fiefs ci-devant de Mayence, et jouissant de la supériorité territoriale, relèvent d'Aschaffenbourg.

Il dépend des nouveaux souverains de se contenter provisoirement, et jusqu'au prochain cas de reprise de fief, d'une simple reconnaissance de la part des nouveaux vassaux ou bien d'insister sur la formalité de l'investiture. Les vassaux seront toutefois dans ce dernier cas affranchis des taxes féodales et autres émolumens d'usage.

§. 41.

Les votes des Comtes immédiats d'Empire se trouvant, d'après le §. 24, transportés sur les territoires qui leur sont donnés en indemnité, le mode d'exercice de ces voix et des prérogatives y attachées sera déterminé par un règlement particulier.

Les votes ecclésiastiques sont exercés conformément aux dispositions du §. 32.

§. 42.

La sécularisation des couvens de femmes recluses ne peut s'effectuer que de concert avec l'Evêque diocésain; mais les couvens d'hommes seront à la disposition des Princes territoriaux, ou des nouveaux possesseurs qui pourront les supprimer, ou les conserver à leur gré. Les uns et les autres ne peuvent recevoir des novices que du consentement du Prince territorial, ou du nouveau possesseur.

§. 43.

La jouissance des biens assignés en indemnité commence du premier Décembre 1802 pour les Princes et Etats indemnisés, qui n'auraient pas été dans le cas de prendre possession civile avant la présentation des déclarations des Puissances médiatrices; et la possession civile a lieu pour tous huit jours avant le premier Décembre.

Les arrérages des fonds, qui étaient à la disposition des usufruitiers jusqu'à l'époque des jouissances nouvelles, appartiendront aux anciens possesseurs, sauf tous autres arrangemens convenus entre les parties intéressées.

§. 44.

Toutes les aliénations, qui ne sont pas une suite de l'administration ordinaire, et qui auraient été faites par les Abbayes et Couvens après le 24. Août 1802 sont déclarées nulles.

§. 45.

Les dispositions précédentes rendent caduques toutes les prétentions, qui existaient sur les terres cédées à la République française par le Traité de Lunéville. Néanmoins il est entendu que les droits de succession de famille existant sur des possessions, situées à la rive gauche du Rhin et échangées, sont transportés sur les objets donnés en indemnité et en échange comme surrogat. Sont également caduques les prétentions qui, existant sur

les biens donnés en remplacement à la rive droite du Rhin, n'auraient pas été produites et jugées ou arrangées à l'amiable dans le terme d'un an à compter du premier Décembre 1802. S'il arrivait, que par défaut de jugement, ou par refus de transaction équitable, une prétention produite ne fût pas terminée à l'expiration de la dite année, elle sera jugée sans appel par jugement des Austrègues dans le terme d'une seconde année. Comme l'Electeur Archichancelier est doté *ex jure novo*, il faut pour maintenir sa dotation qu'en cas de perte de revenus résultante d'une prétention contre lui, cette perte soit compensée par la concession de ceux des fiefs relevant de l'Empereur et de l'Empire, qui deviendraient vacans.

§. 46.

Tous échanges, purifications de territoire et transactions quelconques des Princes, Etats et membres de l'Empire entr'eux, qui auront lieu dans le terme d'un an, auront même force et exécution, que s'ils étaient effectivement insérés dans le présent acte.

§. 47.

Quant au sort des anciens souverains et possesseurs, et du Clergé, qui en dépend, ainsi que de leurs anciens officiers, tant auliques, que civils et militaires, et quant aux obligations particulières des Princes et Etats indemnisés concernant l'entretien convenable des dits souverains et autres individus, les constitutions des pays, l'acquittement des dettes et en particulier le payement de la contribution destinée à l'entretien de la Chambre Impériale (les quels obligations commencent à l'entrée en jouissance effective des pays donnés en indemnité) les paragraphes suivans contiennent les dispositions arrêtées à leur égard.

(Suivent quarante deux paragraphes réglementaires, dont le texte original est en langue allemande.)

Pour expédition conforme au texte original déterminé par les Puissances médiatrices.

à Ratisbonne le 5. Ventose an 11.
(24. Fevrier 1803.)

Laforest.

à Ratisbonne le 12/24 Fevrier 1803.

Le Baron de Bühler.

Dictatum Ratisbonae, die 26. Mart. 1803. per Moguntinum.

An Ihro Römisch-Kaiserliche Majestät

allerunterthänigstes Reichsgutachten,

de dato Regensburg den 24sten März 1801.

den von Ihro Kaiserl. Majestät und des Reichs wegen zu ratifizirenden, am 25sten Febr. d. J. verfaßten Hauptschluß der ausserordentlichen Reichsdeputation dahier betreffend.

Ihrer Röm. Kaiserl. Majestät, unsers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtiger Reichsversammlung bevollmächtigtem höchstansehnlichem Prinzipal-Kommissarius, Herrn Karl Alexander, Fürsten von Thurn und Taxis rc. rc. Hochf. Gnaden bleibt hiermit im Namen der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs gebührend unverhalten:

Nachdem von der zur gänzlichen Berichtigung des Luneviller Friedens ernannten, und durch das kaiserl. allergnädigste Kommissionsdekret vom 2ten Aug. v. J. hieher berufenen ausserordentlichen Reichsdeputation, nach vielfältigen mit der höchstansehnlichen kaiserl. Plenipotenz und den Herren Ministern der vermittelnden Mächte gepflogenen Kommunikationen, bereits den 23sten Nov. v. J. ein Hauptschluß verfaßt, und darüber nicht nur schon am 6ten Dez. von ersagten Ministern Noten an die allgemeine Reichsversammlung gebracht, sondern auch ein kaiserl. allerhöchstes Kommissionsdekret unterm 21sten gedachten Monats an dieselbe erlassen, ferner von der Deputation selbst unterm 5ten u. 31sten Jan. auch 4ten u. 26sten Febr. d. J. Berichte sammt Anlagen erstattet, und dem letzten Berichte ein mit mehrern Abänderungen und Zusätzen Tags vorher neu verfaßter Deputations-Hauptschluß beigelegt, auch das nur erwähnte kaiserl. allerhöchste Kommissionsdekret, die Noten und Berichte, so wie die neuesten Noten der Herren Minister der vermittelnden Mächte vom 28sten v. M. u. 9ten dieses jederzeit durch die Reichsdiktatur zur Wissenschaft aller drei Reichskollegien befördert, sodann alle diese Verhandlungen in allen drei Reichskollegien in Vortrag und Umfrage gestellt worden; so hat man nach reifer der Sache Erwägung dafür gehalten und geschlossen: daß

1) der nunmehr zur Vollständigkeit gediehene hier mitkommende Deputations, Hauptschluß vom 25sten v. M. als das einzige Mittel, den für das Wohl des gesammten teutschen Vaterlandes, und die Erhaltung des Reichsverbandes selbst, so nothwendigen Ruhestand zu befestigen, und eine gute Ordnung der Dinge im Reiche wieder herzustellen, von gesammten Reichs wegen zu genehmigen; dabei auch

2) die bisherigen Reichsgrundgesetze, insonderheit der westphälische Friede und alle darauf gefolgten Friedensschlüsse, in so weit solche durch den Luneviller Traktat, und diesen jetzt zu genehmigenden Deputations-Hauptschluß nicht ausdrücklich abgeändert worden, zu bestätigen; in wessen Folge also

3) die teutsche Reichsverfassung in allen ihren übrigen nicht ausdrücklich abgeänderten Punkten, wie solche für Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe teutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden, auch für die Zukunft zu verwahren sey; daß demnach

4) Sr. Kaiserl. Majestät für die reichsoberhauptliche Vorsorge zur möglichsten Erhaltung der teutschen Reichsverfassung, weise Einleitung und Mitwirkung zur glücklichen Beendigung dieses beschwerlichen Entschädigungsgeschäfts, der allerunterthänigste Dank gebühre, und mit der ehrerbietigsten Bitte hiermit geziemendst erstattet werde, daß Allerhöchstdieselben geruhen mögen, auch den hohen vermittelnden Mächten für Ihre weisen Rathschläge, und Ihre rühmliche Verwendung zur endlichen Ausgleichung dieser wichtigen National-Angelegenheit die dankbaren Empfindungen der Reichsversammlung zu erkennen zu geben; welches alles

5) durch ein allergehorsamstes Reichsgutachten, wie hiermit geschiehet, zur reichsoberhauptlichen Genehmigung allerunterthänigst zu bringen sey.

Womit des kaiserl. Herrn Prinzipal-Kommissarius hochfürstl. Gnaden der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs anwesende Räthe, Bothschafter und Gesandte sich besten Fleißes und geziemend empfehlen.

Signatum Regensburg den 24sten im März 1803.

(L. S.)

Kurfürstlich-Mainzische Kanzlei.

Dictatum Ratisbonae, die 28. April 1803. per Archicancellariensem.

Kaiserlich-allergnädigstes

Kommissions-Ratifikations-Dekret

an die hochlöbliche allgemeine Reichsversammlung

zu Regensburg,

de dato 27sten April 1803.

Die von Ihrer Kaiserl. Majestät ertheilte Ratifikation des Reichsgutachtens vom 24sten März, den Deputations-Hauptschluß vom 25sten Febr. d. J. betreffend.

Von der Römisch-Kaiserl. Majest. Franz des Zweiten, unsers Allergnädigsten Kaisers und Herrn Herrn, zur gegenwärtigen allgemeinen Reichsversammlung verordneter Höchstansehnlicher Kaiserlicher Prinzipal-Kommissarius, Herr Karl Alexander, des heiligen Römischen Reichs Fürst von Thurn und Taxis, gefürsteter Graf zu Friedberg-Scheer, Graf zu Valsaßina, Herr der Reichsherrschaft Eglingen, und der freien Herrschaften Tischingen, Demmingen, Balmertshofen rc. Sr. Röm. Kaiserlichen Majestät wirklicher geheimer Rath, Ritter des goldenen Vließes rc. rc. geben den allhier versammelten, des heiligen Römischen Reichs Kurfürsten, Fürsten und Ständen, vortrefflichen Räthen, Bothschaftern und Gesandten hiermit zu vernehmen:

Da die zur Erfüllung des fünften und siebenten Artikels des Luneviller Friedens bevollmächtigte ausserordentliche Reichsdeputation das ihr anvertraute Werk nunmehr zu Stande gebracht hat, und von Kurfürsten, Fürsten und Ständen des teutschen Reichs in ihrem gemeinsamen Gutachten vom 24sten März auf dessen Bestätigung angetragen worden ist; so wollen Se. Majestät der Kaiser nicht verweilen, diesem in seiner Beschaffenheit und in seinen Folgen so wichtigen Werke aus reichsväterlicher Sorgfalt für die Erhaltung des Friedens und der Ruhe Teutschlands, nach Maasgabe Ihrer Pflichten, die gesetzliche Vollendung zu ertheilen.

Der Endzweck, auf welchen in diesem entscheidenden Augenblick ihre Aufmerksamkeit sich richtet, b steht darin, die Erfüllung der von Sr. Kaiserl. Majestät, und dem teutschen Reiche übernommenen Verbindlichkeiten einerseits mit der Erhaltung der hergebrachten Reichsverfassung, andererseits mit den freundschaftlichen Rücksichten thunlichst zu vereinbaren, die Allerhöchstdieselben für die Vorschläge der zwei als Vermittler eingeschrittenen Mächte, so wie für die Wünsche und die Zufriedenheit der Reichsstände tragen.

Es ist dieses der nämliche Zweck, der alle Schritte und Bemühungen Sr. Majestät des Kaisers bei Zusammenberufung, und bei allen Verhandlungen der erwähnten Reichsdeputation geleitet hat. In Gemäßheit desselben haben Sie sich während dem Laufe dieser Verhandlungen dem von den vermittelnden Mächten vorgeschlagenen, von der Deputation durch entschiedene Stimmenmehrheit angenommenen Entschädigungsplane so beförderlich erwiesen, als es immer die Vorschrift der maasgebenden Friedensartikel und die Gränzen der auf die Erfüllung dieser Artikel und auf die Aufrechthaltung der damit vereinbarlichen Reichsverfassung abgezielten Deputations-Vollmacht erlauben konnten.

Und mit welcher freiwilligen Mäßigung, und großen Rücksichten für die vermittelnden Mächte und die mitinteressirten Reichsstände, Se. Kaiserliche Majestät sich hierbei bestrebt haben, die Behebung der sich ergebenden Anstände, wenn selbe von den rechtmäßigsten Interessen Allerhöchstihres Hauses herrührten, zu erleichtern, solches hat Ihre zu Paris den 26sten Dec. v. J. geschlossene Konvention an den Tag gelegt, worin sie die Verbindlichkeiten des Luneviller Traktats freiwillig erweitert, und die einem Fürsten Ihres Hauses gebührende volle Entschädigung möglichst beschränkt haben.

Eben so haben Seine Kaiserliche Majestät die thunlichste Beförderung in Ansehung der dem Entschädigungsplane beigerückten, aus der angenommenen Entschädigungs-Basis nicht geflossenen, oder in die innere Verfassung des teutschen Reichskörpers einschlagenden weiteren Anträge bewiesen. Auch hierüber haben Sie Sich durch die angeführten Rücksichten bewogen gefunden, in vorgedachter Pariser Konvention Ihre Beistimmung zu dem Deputationsschlusse vom 23sten Nov. v. J. in der Maasgebung zuzusagen, daß Sie dabei sämmtliche mit dem Entschädigungsplane an sich vereinbarliche Gerechtsame ausdrücklich verwahrten, die Allerhöchstdenenselben theils in Ihrer Reichsoberhauptlichen Würde, theils als Regenten Ihrer Erbstaaten gebühren; da Sie in dieser letzten Eigenschaft, gleichwie Sie für Ihre Kriegs-

verluste an den Entschädigungen keinen Theil bekommen, auch den damit verknüpften Einschränkungen nur in so fern, als es die Ausführungsmöglichkeit der allgemeinen Entschädigungs-Basis erheischet, unterliegen können.

Nachdem endlich nach dem Schlusse der Konvention vom 26sten Dezemb. zu dem Deputations-Hauptschlusse vom 23sten November noch verschiedene Zusätze, Aenderungen und Anträge hinzu gekommen sind, und daraus der neue Deputations-Hauptschluß vom 25sten Hornung entstanden ist, auf dessen Gutheissung das Reichsgutachten unter einigen ausdrücklichen Vorbehaltungen anträgt; so sehen Seine Kaiserliche Majestät sich nach reiflicher Abwägung aller bisher angeführten Umstände, und nach dem Gefühle Ihrer aufhabenden theuersten Pflichten veranlaßt, dem eben genannten Reichsgutachten Ihre reichsoberhauptliche Genehmigung unter folgenden Bedingnissen zu ertheilen:

Daß die zu Paris den 26sten Dezember v. J. geschlossene und zur Kenntniß der Reichsversammlung vorgelegte Konvention in ihrer Kraft und Verbindlichkeit nach dem wörtlichen Inhalte ihrer Artikel, insonderheit in Ansehung der in dem 4ten Artikel enthaltenen Vorbehaltungen aufrecht zu bestehen habe.

Daß, in so fern diese Vorbehaltungen die Seiner Majestät als Kaiser und Reichsoberhaupte zustehenden Gerechtsame betreffen, die gesetz- und herkommenmäßige Ausübung dieser Gerechtsame sowohl bei Ausführung des gegenwärtigen Reichsschlusses, als für alle zukünftige Zeiten ungeschmälert erhalten werde.

Daß die in dem Reichsgutachten vom 24sten März erwähnte Bestätigung der Reichsgrundgesetze, insonderheit des westphälischen Friedens und der darauf erfolgten Friedensschlüsse, in so fern solche durch den Luneviller Traktat und den gegenwärtigen Reichsschluß nicht ausdrücklich abgeändert werden, desgleichen die darin angetragene Verwahrung der teutschen Reichsverfassung in allen übrigen nicht ausdrücklich geänderten Punkten, wie solche für Kurfürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe teutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare Reichsritterschaft miteingeschlossen, bisher bestanden ist, in wirkliche Ausführung und Handhabung übergehe.

Daß, nachdem die Bedenken, welche von Seiner Kaiserlichen Majestät bei Gelegenheit der, in den frühern Deputations-Vorschlägen gemachten Anträge zur Vermehrung der Virilstimmen im Reichsfürstenrathe geäussert wurden, durch die spätern Vorschläge keineswegs gehoben worden sind, Seine Kaiserliche Majestät sich durch Ihre für die Erhaltung der Reichsverfassung und die Beschützung der katho-

(11)

lischen Religion heilig beschwornen Pflichten gemüßiget sehen, Ihre Ratifikation über diesen Gegenstand einstweilen zu suspendiren, und sich vorzubehalten, durch ein unverzügliches ferneres Kommissionsdekret die Erstattung eines weitern Reichsgutachten zu dem Ende zu verlangen, damit durch angemessene Vorschläge dafür gesorgt werde, daß, nachdem dem protestantischen Religionstheile schon in dem kurfürstlichen und reichsstädtischen Kollegien eine so entschiedene Stimmenmehrheit zufällt, die hergebrachten Verhältnisse der zwei Religionstheile nicht auch in dem fürstlichen Kollegium, bis zur wesentlichen Ueberschreitung der Stimmen-Parität abgeändert werden.

Daß endlich in Ansehung derjenigen Punkte des letzten Deputationsschlusses, deren Erörterung erst noch künftigen Anträgen und Unterhandlungen zu unterliegen hat, wie dergleichen namentlich in dem Schlusse des 2ten und 39sten §§. vorkommen, Sr. Kaiserlichen Majestät und dem Reiche die weitere gebührende Einschreitung vorbehalten bleibe.

Indem nun Se. Kaiserl. Majestät unter diesen vorausgesetzten Bedingnissen dem Reichsgutachten vom 24sten März Ihre reichsoberhauptliche Genehmigung hiemit förmlich ertheilen, so ergreifen Sie auch diese Gelegenheit, um Ihren und des gesammten Reichs aufrichtigsten Dank für die von den zwei vermittelnden Mächten in der vorliegenden wichtigen Angelegenheit verwendete Sorgfalt und Bemühungen öffentlich hiermit abzustatten; gleichwie Sie mit Zuversicht hoffen, daß gedachte Mächte die hierbei von Seiten Kaisers und Reichs erhaltenen überzeugendsten Beweise bereitwilliger Rücksicht für Ihre Wünsche und Vorschläge freundschaftlich erkennen werden, und daß somit das nunmehr gänzlich zu Stand gebrachte Friedenswerk auf das Dauerhafteste versichert, und befestigt worden sey.

Es verbleiben übrigens des Höchstansehnlichen Kaiserlichen Herrn Prinzipal-Kommissarius Hochfürstliche Gnaden den allhier versammelten vortrefflichen Räthen, Bothschaftern und Gesandten mit freundlichem, auch geneigtem und gnädigem Willen beständig wohl zugethan. Signatum Regensburg den 27sten April 1803.

(L. S.) Karl, Fürst von Thurn und Taxis mppr.

Aufschrift.

Dem Hochlöblichen Kurerzkanzlerischen Reichs-Directorio anzuhändigen.

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Hauptschluß der außerordentlichen Reichsdeputation vom 25. Februar 1803
die Entschädigung betreffend

Frankfurt a. M. 1803

4 J.publ.e. 113#Beibd.1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10511956-5